

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stuckateure und verwandten Berufsgenossen,
sowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeden Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M 1 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M 1,40.

Herausgeber: Johann Staining.
verantwortlicher Redakteur: Otto Naefel, Sebze in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergeschossige Zeitung oder deren Raum 20 A.
Postkatalog Nr. 8264.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Inhalt: Die Reform der Unfallversicherung. Allgemeine und Arbeitersicherung. - Minchau, Streit-Schlitten. - Baugewerbesch. - Deutschsch. - Betreibung bei einer anderen inländischen Werkstatt in die Bauverträge. - Wohnbewegungen und Streit. - Aus unserer Bewegung. - Literarisches. - Briefkasten.

Die Reform der Unfallversicherung.

III.

Für die Feststellung der Entschädigung galt seither die Bestimmung, daß vor derselben die Entschädigungsberechtigten durch Aufstellung der Unterlage, auf Grund deren dieselbe zu bemessen ist, Gelegenheit zu geben ist, sich binnen einer Frist von einer Woche zu äußern. Daneben hatte sich die gesetzliche Praxis gestellt, daß die Genossenschaftsorgane in völlig einseitiger Weise sich seither auf die Gutachten ihrer sog. "Vertrauensärzte" stützen - Gutachten, die in der Regel geradezu darauf berechnet sind, ohne Rücksicht auf die Berechtigten die Berufsgenossenschaft möglichst zu entlasten. Die Sozialdemokraten waren im Reichstage bemüht, das System der Vertrauensärzte ganz zu befehligen. Das ist allerdings leider nicht gelungen. Nach wie vor wird der "Vertrauensarzt" sein Gutachten in die Wagnisse werfen; nach wie vor ist der Verletzte gezwungen, sich der Untersuchung durch den "Vertrauensarzt" zu unterwerfen, obwohl eine gesetzliche Vorschrift dafür nicht besteht. Aber wenigstens die Bestimmung ist erreicht worden, daß, wenn auf Grund eines ärztlichen Gutachtens der Anspruch auf Entschädigung abgelehnt oder nur eine Theilrente festgestellt werden soll, vorher der behandelnde Arzt zu hören ist. Steht dieser zu der Genossenschaft in einem Vertragsverhältnis, so muß auf Antrag ein anderer Arzt geholt werden. Der Verletzte hat somit die Möglichkeit, bereits im Feststellungsverfahren, ohne auf die Zustimmung der Genossenschaftsorgane angewiesen zu sein, dem etwa unzutreffenden Gutachten des Vertrauensarztes ein anderes entgegen zu stellen, was unter Umständen, besonders für das Berufungs- und Rechtsverfahren, von Bedeutung sein kann. Es kommt nur darauf an, daß die Verletzten sich dieser neuen Befugnis gegebenen Falles auch bedienen.

Die bisherige Vorschrift, daß die Entschädigungsbestellung "so bald als möglich" zu geschehen hat, ist durch eine bessere ersetzt; die Feststellung muß in beschleunigtem Verfahren erfolgen. Kann sie nicht sofort erfolgen, so muß eine Entschädigung vorläufig angebilligt werden. Der Ablehnungs- oder Beihilfungs-Befehl ist dem Verletzten oder seinen Hinterlebenden mitzuhelfen, im Falle der Bevollmächtigung unter Angabe der Höhe der in Aussicht genommenen Entschädigung mit der rechnungsmäßigen Grundlage.

Die Frist für die Verjährung der Geltendmachung des Entschädigungs-Anspruches (zwei Jahre nach dem Eintreten des Unfalls) gilt auch dann als gewahrt, wenn die Anmeldung (statt wie bisher lediglich bei der verpflichteten Genossenschaft) bei einem nicht ausländigen Genossenschaftsorgan, oder bei einer anderen Berufsgenossenschaft, oder bei der für den Wohnort des Berechtigten zuständigen unteren Verwaltungsbehörde erfolgt ist.

Lehnt die Berufsgenossenschaft einen Entschädigungs-Anspruch ab, so ist der schriftliche Bescheid darüber mit Gründen zu versehen. Gegen diesen Bescheid, sowie auch gegen den, durch welchen eine Entschädigung festgestellt wird, ist die Verurteilung auf schied-

richterliche Entscheidung (einzulegen bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach Aufstellung des Bescheides) zulässig. Diese Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn innerhalb derselben die Verurteilung bei einer anderen inländischen Werkstatt oder bei einem Genossenschaftsorgan eingegangen ist. Das Schiedsgericht hat, wenn es den Entschädigungsanspruch für begründet erachtet, zugleich die Höhe der Entschädigung und den Beginn der Rente fest zu stellen. Ist diese Feststellung in besonderen Misshandlungsfällen nicht möglich, so hat das Schiedsgericht unverzüglich eine vorläufige Entschädigung zu bewilligen, gegen deren Feststellung ein Rechtsmittel nicht stattfindet. Die vorläufig gezahlten Träume werden auf die endgültig angewiesene Rente angerechnet.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht dem Verletzten, oder dessen Hinterlebenden, sowie dem Genossenschaftsvorstande das Rechtsmittel des Rechtses auf. Nur der Rechtses des Vorstandes hat ausschließende Wirkung insofern, als es sich um Träume handelt, die für die Zeit vor dem Erlass der angefochtenen Entscheidung nachträglich gezahlt werden sollen. Neben den bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach Aufstellung der schiedsgerichtlichen Entscheidung einzulegenden Rechts entscheidet das Reichsversicherungsamt. Er kann, wenn er für "offenbar ungerechtfertigt" erachtet wird, ohne mindestliche Verhandlung, zurückgewiesen werden. Andernfalls hat das Reichsversicherungsamt nach mindestlicher Verhandlung zu entscheiden und zwar mit der Maßgabe, daß es die Sache an das Schiedsgericht oder an das zuständige Genossenschaftsgericht zurückzuverweisen kann.

Eritt eine "Veränderung der Verhältnisse", welche für die Entschädigungsbestellung maßgebend gewesen sind, ein - und zwar eine "wesentliche Veränderung" - so kann die Berufsgenossenschaft nur noch in den ersten zwei Jahren nach der ersten endgültigen Feststellung die Entschädigung ohne Weiteres ändern. Nach Ablauf dieser zwei Jahre kann eine Änderung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahr vorgenommen werden. Sind seit der ersten endgültigen Feststellung fünf Jahre verflossen, so steht eine anderweitige Feststellung nur dem Schiedsgericht zu.

Zu dem Antrage auf Wiederaufnahme des Heilverfahrens ist neben dem Verletzten auch die Krankenkasse, der er angehört, berechtigt.

Die Fälligkeitstermine sind wie folgt festgesetzt: Kosten des Heilverfahrens und Sterbegeldes sind binnen einer Woche nach ihrer Feststellung, Renten in monatlichen, und wenn sich der Jahresbetrag auf sechzig Mark oder weniger beläuft, in vierteljährlichen Träumen im Voraus zu zahlen. Jedoch kann die Genossenschaft mit dem Entschädigungsbericht vereinbaren, daß die Zahlung in längeren Zeitschritten erfolgt.

Die Kapitalabfindung hat eine nähere Regelung erfahren. Es erscheint uns allerdings zweifelhaft, ob eine Verbesserung in der Bestimmung zu sehen ist, wonach bei thailweiter Erwerbsfähigkeit eine Rente von fünfzehn oder weniger Prozent der Volkrente festgestellt ist, die Berufsgenossenschaft nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde den Berechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung absindet kann. In der Regel dürfte dabei der Berechtigte sich schädigen. Abgesehen davon, daß er des Abfindungskapitals, wenn er es in irgend ein geschäftliches Unternehmen stellt, leicht verlustig gehen kann, kommt in Betracht, daß er nach der Abfindung auch in dem Falle keinerlei Anspruch

auf Rente mehr hat, wenn — was ja häufig der Fall — sein Zustand sich verschlechtert würde. Die hier in Rede stehende Bestimmung findet auch Anwendung auf solche Renten, welche vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes festgesetzt worden sind. Eine Mitwirkung in der Verwaltung der Berufsgenossenschaften ist den Versicherten nicht eingeräumt worden, was umso ungerechter erscheint, als, wie wir gesehen haben, die Befugnisse der Berufsgenossenschaften erheblich erweitert worden sind; sie können gewisse Erwendungen, z. B. bei Arbeitslosigkeit infolge des Unfalls, aus gutem Willen machen.

Ein nicht zu unterschätzender Fortschritt ist hingegen ohne Zweifel die Aufhebung der bisherigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte. Ihre Stelle treten die örtlichen Schiedsgerichte der Unfallversicherung, und zwar unter der Bezeichnung: „Schiedsgerichte für Altersversicherung“, also eine Einrichtung, die von der Berufsgenossenschaft ganz unabhängig ist. Man darf sich von dieser Neuerung eine schnellere und bessere Erledigung der Klagen versprechen, als sie selther bei den berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichten stattfand. Da bei letzteren noch schwierige Streitigkeiten gehen auf die Schiedsgerichte für Altersversicherung über.

Von großer Wichtigkeit ist die Vorschrift, daß das Schiedsgericht bei Beginn eines jeden Geschäftsjahrs aus der Zahl der an seinem Sitz wohnenden Ärzte diejenigen auszuwählen hat, welche als Sachverständige bei den Verhandlungen nach Bedarf einzutragen sind. Die Namen dieser Ärzte sind öffentlich bekannt zu machen. Damit ist ein weiteres Gegenwicht gegen das System der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte geschaffen. Auch sind die Schiedsgerichte befugt, denjenigen Arzt des Betriebes, in welchem der Unfall vorgekommen ist, in Augenschein zu nehmen. Der Betriebsunternehmer kann zur Gestaltung der Einnahme des Augenkeins auf Antrag des Schiedsgerichts durch die Ortspolizeibehörde gezwungen werden.

Diese Umgestaltung des Schiedsgerichtswesens und -Verfahrens ist ohne Zweifel die wichtigste der Reformen, die das neue Gesetz bringt.

Was die Unfallverhütung anbetrifft, so ist es leider nicht gelungen, der Arbeiterschaft die gebührende Mitwirkung an derselben zu erringen. Über einige Verbesserungen sind auch auf diesem Gebiet zu verzichten. Stand es seither im Besitz der Genossenschaften Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, so können sie jetzt im Aufschlußweg dazu angedehnt werden. In der Verfassung und Bechlussfassung über diese Vorschriften haben die Genossenschaftsvorstände der Arbeiter mit vollem Stimmerecht und in gleicher Zahl wie die beitretenen Vorstandsmitglieder heranzuziehen. Die Vertreter der Arbeiter werden von den Mitgliedern derjenigen Sicherungsanstalt gewählt, auf deren Bezirk sich die Berufsgenossenschaft oder Section erstreckt. Wahlbar sind deutsche männliche, volljährige, auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes versicherte Personen, welche im Betriebe der Mitglieder derjenigen Sicherungsanstalt, für welche die Unfallverhütungsvorschriften erlassen werden, beschäftigt sind. Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Die Vertreter erhalten Entlastung für entgangenen Arbeitsverdienst und für Reisekosten.

Die Unfallverhütungsvorschriften bedürfen der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes. Von der Überwachung der Betriebe, dieses wichtigsten Theiles der Unfallverhütungsfähigkeit, bleiben die Arbeiter ausgeschlossen. Jedoch ist die

Befugniß der Genossenschaften, durch Beauftragte die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften überwachen zu lassen; umgewandelt in die **Verepflichtung**, für die Durchführung dieser Vorschriften Sorge zu tragen. Die Erfahrung wird lehren, wie diese Vorschrift in der Praxis sich bewährt.

Hierzu kommt noch die neue Vorschrift, daß wenn der technische Aufsichtsbeamte der Versicherungsgenossenschaften bei seiner Überwachungstätigkeit Kenntnis erhält von Anordnungen, welche den staatlichen Aufsichtsbeamten zur Verhütung von Unfällen getroffen hat, er abweichende Bestimmungen nicht treffen darf.

Wir haben uns selbstverständlich darauf beschränken müssen, die für die Arbeiter wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes mitzutragen. Etwas derselben werden wir im Laufe der Zeit wohl noch besonderer Betrachtung zu unterziehen haben.

Dass eine gründlichere, den berechtigten Beschwerden und Forderungen der Arbeiter mehr entsprechende Reform nicht erreicht worden ist, dafür mögen die Arbeiter sich beim Zentrum „bedanken“. Die „regierende Partei“ hat auch bei dieser Reformarbeit wieder weit mehr den Interessen der Unternehmer, als denen der Arbeiter Rechnung getragen. Auch darüber verlohn es sich, eine besondere Betrachtung anzustellen. Von einem Abschluß der Reform der Unfallversicherung kann für die Arbeiter keine Rede sein. Es gilt noch sehr viele schwere Mängel zu beseitigen. Und die Arbeiter werden nicht ruhen, bis sie wirklich beseitigt sind!

Religion und Arbeiterbewegung.

Die Erörterung religiöser Fragen innerhalb der Gewerkschaften müsse unterbleiben! so ist des Osterers auf uns eingeredet worden. Und nicht immer waren es die Verfechter der Neutralität allein oder Leute, die momentan verängert sind über irgend einen Misserfolg, sondern auch sieben denkende und viel erfahrene Männer lassen dann und wann obige Mahnung durchfließen, obwohl sie im Uebrigen die Idee der politischen Neutralität grundsätzlich zurück weisen. Wenn es diesen unseren Freunden darum zu thun ist, der Ansicht Ausdruck zu geben: man müsse bemüht sein, die Gewerkschaften möglichst frei zu halten vom konfessionellen Haber, um so verhindern, daß ihre Aufgaben in unfruchtbarem oder gar schädlicher Weise mit religiösen Fragen verquickt werden, so ist das eine Kästchen, das wir unbedenklich zustimmen. Über etwas Anderes ist es um die schon öfter gesuchte Ansicht: Die gewerkschaftliche Propaganda müsse vor religiösen Fragen überhaupt Halt machen; sie darf in eine Erörterung solcher Fragen unter keinen Umständen sich einlassen, müste vielmehr die religiöse Überzeugung in jedem Fall respektieren und schonen.

Diesenjenigen, die dieser Ansicht sind, übersehen ganz unbear, oder wissen nicht, daß es religiöse Fragen und Ueberzeugungen gibt, die der freien und gesunden Entwicklung der Arbeiterbewegung, wie der Kulturrentwicklung überhaupt, nicht minder hinderlich sind, als die Grundsätze und Maßnahmen einer reaktionären Politik — ja, daß diese Politik stets verstanden hat, sich die vorgeblich unaufstrebare „Religion“ als Vorwand und Stütze dienstbar zu machen.

Wenn alle religiösen Fragen und Ueberzeugungen so beschaffen wären, daß sie ohne Einfluß bleibten auf das Verhalten der Menschen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben und damit auf die Gestaltung dieses Lebens, so würden sie garnicht in Betracht kommen können. Thatsächlich jedoch haben sie von jeher solch einen Einfluß ausgeübt und zwar einen ganz bedeutenden. Immer haben weltliche und geistliche reaktionäre Gewalten den entrichteten, unterdrückten, ausgebetteten Volksmassen das theologische Dogma von „der Entzagung um des himmlischen Lohnes willen“, von der unbedingten Ergebung in das „nach dem Wahlschluß Gottes ihnen bestimmteirdische Roß“ gepredigt. Immer haben sie die bestehende Ordnung der Dinge, mochte sie noch so schlecht und ungerecht sein, hingestellt als die „unaufstrebare göttliche Weltordnung“.

Allerdings hat der Jahrhunderte hindurch geprägte Glaube an dieses Dogma die Erhebung der Unterdrückten gegen das Unrecht nicht zu verhindern vermögt, aber wer, der in der Geschichte klar sieht, könnte nicht erkennen, wie sehr die Herrschaft dieses Glaubens den Kulturstreit, den Kampf für Freiheit, Recht und Wohlstand verzögert und erschwert hat. Ist doch die Tendenz des theologischen Dogmas Alles in Allem darauf gerichtet, das Denken und Handeln der Massen von den Interessen, den Wünschen, den Empfindungen der Kirche abhängig zu machen.

Freilich, mit dem Dogma der „gottgefälligen Entzagung“ hat die Kirche kein Glück mehr. Das menschliche Bewußtsein hat sich stärker erwiesen, als dieses Dogma. Und den kritischen Elementen ist nichts Anderes übrig geblieben, als mit dieser Thatsache zu rechnen, sich ihr anzupassen. Wollen sie die im Uebrigen noch gläubigen Arbeiter nicht von sich abstoßen, so müssen sie ihnen wohl oder übel wenigstens das Recht gewähren, nach Besserstellung in der

menschlichen Gesellschaft zu streben. Wir haben uns darüber, soweit der Ultramontanismus in Betracht kommt, bereits im Leitartikel der Nr. 36 unseres Blattes näher ausgesprochen und da u. A. dargelegt, daß die Gründer und Prototoren der sogenannten „christlichen Gewerkschaften“ lediglich den Zweck verfolgten, den selbstständigen und entschiedenen Kampf der Arbeiter für ihr Recht zu verhindern, und zwar mit Hilfe religiöser Sabotage, unter steter Herabsetzung der Interessen der Kirche, die als gleichbedeutend mit den Interessen der Arbeiter hingestellt werden.

Es kann nicht schaden, an der Hand klerikaler Schriften noch einige Beweise dafür zu erbringen, wie die katholische Theologie auf die Arbeiter einzuhören ver sucht, um sie der selbstständigen Arbeiterbewegung feindlich gesinnt zu machen.

Da liegt vor uns ein von dem Jesuitenpater B. v. Hammerstein verfaßtes Büchlein mit dem Titel: „Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein?“ Der Verfaßer läßt einen Maurergesellen Propagande machen für die gewerkschaftliche Organisation der Maurer. Über er findet in einem „stommen“ Arbeitsgenossen einen energischen Gegner. Vienna macht dem Barthel begreiflich, daß die Fachvereine nur gegründet werden, um die Arbeiter zu Sozialdemokraten umzuwandeln, die „weder an Gott noch an den Teufel glauben“ und den „Umfang aller göttlichen und staatlichen Ordnung“ erstreden. Alles, was „hoch und heilig“ ist, wollen die sozialdemokratischen Fachvereiner vernichten. Nur die „Religion“, d. h. die Unterwerfung unter die Sacramenta der Theologie, ist das einzige wahre Heilmittel für die Gesellschaft, wie für den Einzelnen. Gott leitet die Herrschaft und Gesetze zu Recht und Billigkeit und die Meisten zum rechten Gebrauch ihrer Güter etc. Der Arbeiter, der durch Beträcht zu einem Fachverein „die Unzurückhaltung unterstellt“, hat „da für einst am Richterthule Gottes die Verantwortung zu tragen“, d. h. ihn erwarten zur Strafe die Dualen der Hölle!!

Nehmen wir das Rundschreiben des Papstes Leo XIII. über die Arbeiterfrage, so finden wir folgenden Gedankengang:

Unzählige Menschen führen „ein wahrhaft geduldiges und unwürdiges Dasein“. Das ist die Folge der entgegen dem christlichen Geist von sich gegangenen großen Umwälzungen. Über eine „christliche Partei“, die der Sozialisten, „führt nur allzu leicht das Unheil des Volkes irre“. Die Sozialisten „rauben den Arbeitern die Aussicht und die Freiheit, ihre Fähigkeit, ihr kleines Vermögen zu vergroßern, sich durch Fleiß zu einer besseren Stellung emporzurüttigen.“ (II) Zwischen Kapital und Arbeit besteht eine „von Gott gewollte natürliche Harmonie.“ (II) Die Kirche, „als Vertreterin und Wahrerin der Religion“, schützt den Arbeitenden, ein „ihren Arbeitsschönigkeiten zu dienen“, und den Arbeitserren lehrt sie, „ihre Arbeiter nicht wie Sklaven zu behandeln“ und denselben „nicht den gebührenden Lohn vorzuenthalten“. Uebrigens kommt es darauf, „ob der Mensch Uebelkuss habe oder Mangel leide, für die ewige Seligkeit nicht an“. Künftig ist „in den Augen der ewigen Arbeit“ keine Schande. Die Meisten sollen der Armen „liebevoll“ sich annehmen“ und die Armen sollen „zur Beschleidung bestimmt“ werden. So wird die „soziale Kluft zwischen Reich und Arm ausgelöscht werden“. Gemeinsame Arbeitseinstellungen der Arbeiter, „um gegen die Lohnherren einen Zwang auszuüben“, sind von Uebel. Doch ist der Staat den Arbeitern Schutz schuldig und zwar zunächst rücksichtlich ihres Seelenheils. Die Vereine der Lohnherren und der Arbeiter sollen dem Zweck der gegenseitigen Unterstützung und Förderung dienen. Grundlage der Einrichtungen dieser Vereine muß das religiöse Element sein.

„Suchet zuerst das Reich Gottes, alles Uebrige wird Euch hinzugegeben werden.“

So stimmt der „unfaßbare“ Papst die ganze große soziale Frage zu einer durchaus religiösen Frage. Was der katholische Arbeiter rücksichtlich seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage auch wünschen und unternehmen möge, er soll sich immer dabei leiten lassen von den Ausschauungen und Vorschriften der Theologie.

Diese Ausschauungen und Vorschriften kann die selbstständige Arbeiterbewegung nicht unberücksichtigt lassen; wo dieselben ihr entgegentreten, wird es unvermeidlich, sie zu bekämpfen. Weshalb denn Gott machen vor dem die Entwicklung hindern religiösen Wahns, während wir unablässig bemüht sind, die Dogmen des Kapitalismus und der politischen Reaktion zu überwinden? Das wäre eine arg Unkonsequenz. Wer der falschen Pfaffenlehre glaubt, daß die sozialdemokratische Arbeiterorganisation ein „ Werk des Teufels“ ist und daß er sich „versündige gegen Gott“ Gebote“, wenn er dieser Organisation beitritt, der muß eines Besseren belehrt werden, genau so wie der, der in dem Dogma der kapitalistischen Schule besangen ist, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit sich „natürlich“ von selbst regelt. Wir billigen keinem Schönung zu, der mit der Religion bewußt oder unbewußt Mißbrauch gegen die Interessen der Arbeiterklasse treibt.

Mündschau.

* **Polizeisches aus Sachsen.** In Königswalde (Amtshauptmannschaft Annaberg) hat sich eine kleine Zahl Maurer dem Centralverband angeschlossen und natürlich fühlten sich die Kollegen gedrungen, auch einmal eine Versammlung zu veranstalten. Welch aber durchaus kein Stoff aufzutreiben war. Daß die Kirche sind ängstlich wegen angebrochener Konzessionsentziehung, mußten die Maurer schließlich erneut sein, daß ihnen ein Hansbesitzer seligen Hofraum zur Versammlung zur Verfügung stellte. Am Sonntag, den 12. August, sollte die Versammlung stattfinden und Kollege Eitzenhauer erschien über das Thema: „Zweck und Nutzen des Verbands“. „Glücklicherweise kam es nicht soweit, sonst wäre auch wahrscheinlich Königswalde vom Boden verschwunden. Die Polizei — in diesem Falle die Amtshauptmannschaft Annaberg — wachte und so konnte das Schiedsgericht abgewendet werden. Die Versammlung wurde mit folgender Begründung verboten: Der Hofraum liege nur 82 Schritte vor der Dorfstraße entfernt und es gingen auch Fenster nach dem Hofraum, infolgedessen könnten Minderjährige zu hören.

Diese Versammlungen als zutreffend angenommen, was haben sie aber mit dem Versammlungsverbot zu tun? werden wir gleich hören: Der Einberufer der Versammlung legte gegen das Verbot der Amtshauptmannschaft Annaberg ein bei der Kreischaupmannschaft Zwickau. Und diese Kreischaupmannschaft hat uns nun auch das richtige Recht aufgestellt. Die Kreischaupmannschaft löste sich zunächst der Auflösung der Amtshauptmannschaft von dem unangemessenen Hofraum an, macht aber weiter auchzedem, der nicht ganz bescholt ist, nur, wie Minderjährige den angelegten Vorwurf nicht anführen durften. Es ist eben eine polizeile (III) Angelegenheit, über Zweck und Nutzen des Maurerverbands zu reden. In der Entstehung der Kreischaupmannschaft Zwickau heißt es, daß die Möglichkeit der Teilnahme Minderjähriger deshalb „unzulässig“ war, weil der auf die Tagessitzungen infolge jener öffentlichen Versammlung gesetzte Verhandlungsgegenstand über Zweck und Nutzen des Maurerverbands insofern, als die Bildung und Förderung beratiger Gewerkschaftsverbände zu den bekannten Aufgaben der sozialdemokratischen Partei gehörte, als ein politisches im Sinne des Vereinsgesetzes zu gelten hat“.

Merkwürdig, höchst merkwürdig! Was so eine höhere sachliche Polizeibehörde nicht Alles weiß. Wie sind überzeugt, der Referent hätte kein Wort von Polizei geredet, wenn die Minderjährigen belogen hätten. Er hätte seinen Kollegen erzählt, daß der Verband eine geeignete Organisation ist, höhere Löhne, längere Arbeitszeit, bessere Zustände in gesundheitlicher Beziehung auf den Bauteilen etc. zu erzielen. Sind das volkliche Angelegenheiten? Wir glauben kaum, daß die Kreischaupmannschaft diese Frage bejaht kann. Der Referent würde seinen Kollegen — auch den Minderjährigen — aufeinandergekehrt haben, wie sie am besten ihre Rechte wahrnehmen können, die ihnen in der Gewerbeordnung und den Sozialgesetzen gewährleistet sind, und weiter, daß der Maurerverband seinen Mitgliedern Rechtsschutz gewährt zur Erlangung dieser Rechte. Das dies das volkliche Recht ist, wird die Kreischaupmannschaft beim ersten Willen nicht sagen können. Und weiter würde der Referent seine Kollegen ermahnen haben, die Brüderlichkeit zu halten, die Brüderlichkeit zu pflegen und sich gegenseitig schützen zu suchen gegen die Gefahren auf dem Bau und in allen Tätigkeiten des Lebens. Wir sind überzeugt, viele Auseinandersetzungen hätten den jungen Leuten unendlich mehr genutzt, als alte Predigten von der Kanzel herab. Sie früher haben zwangswise anhören müssen. Freilich ahnt die Kreischaupmannschaft richtig: die jungen Leute werden Sozialdemokraten; aber das werden sie auch ohne Genehmigung der hochwürdigen Polizei. Das liegt einmal so in der Lust. Damit hat die Polizei aber noch kein Recht, Versammlungen, die sich nur mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten befassen wollen, aus dem angeführten Grunde zu verbieten. Gewerkschaften sind durch Reichsrecht gestaltet und die Teilnahme an ihnen wird von keinem bestimmten Alter abhängig gemacht.

* **Schutz vor Schulsleuten.** Aus Dortmund wird uns geschrieben: Am Mittwoch, den 28. September, wurde ein streitender Maurer verhaftet. Am folgenden Tage wurde dem Streifcomite von einer Bürgerfrau mitgeteilt, daß sie den Verhafteten, der sich bis dahin recht gesunder Knaben zu erkennen halte, an zwei Straßen gehen in Begleitung von zwei Schulsleuten in der Steinstraße gesehen habe. Die Schulsleute hätten dann den Maurer, da er dem Zusammenhang nahe gewesen sei, in einem Strahlwagen gehoben und ihn zwecks Vernehmung in's Rathaus gebracht. Am Sonnabend kam der Maurer — er konnte sich kaum auf den Fuß halten — in das Strahlwagen und machte folgende durchaus glaubwürdige Aussage: Nachdem er verhaftet worden, wurde er in eine Zelle gestoßen und mit Wafftritten und Schlägen bearbeitet. Nach seiner Vernehmung in das Verwaltungsgebäude mußte er dann noch zwei Tage und zwei Nächte mit dem zerstochenen Körper auf der Holzstrecke liegen. Nach seiner Entlassung bat sich der Maurer sofort von einem Arzt untersuchen lassen, der verschiedene Verletzungen feststellte und dem Mißhandelten becheinigte, daß er mindestens 14 Tage arbeitsunfähig sei.

* **Gerichtliches.** Am 29. Juli d. J. fand in Bochum eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Böhlburg referierte über die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutschlands. Sin der darauf folgenden Diskussion schlägere Kollege Struckmann die Lage der Maurer im Kohlenrevier, speziell aber in Bochum. Seinen Ausführungen berichtete Struckmann, daß der jüdische Obermeister Schäffer, gerade Drogenjewel gewesen sei, welcher veranlaßt habe, den Lohn von 45 Pf auf 43 & herabzusetzen, mit der Begründung, daß es den Unternehmern schlecht gehe und sie stets aufzukaufen müßten. Als nun Struckmann die Worte gebrachte: „Verachtet mich der Obermeister mit seinem kleinen Schmerzbauch“, erlaubte sich der überwachende Beamte, Polizeikommissar Weber, den Kollegen St. zu unterbrechen: wenn er in diesem Tone weiter fortfahre, würde er dieses nicht dulden. Kollege W. Urban, welcher Leiter der Versammlung war, machte den Maurer aufmerksam, daß es nicht Sache des überwachenden Beamten sei, einen Redner zu unterbrechen, nur der Vorstehende allein habe das Recht, einem Redner das Wort zu entziehen und zu entziehen. Ob nun der Obermeister sich wirklich beleidigt gefühlt und durch wen er den Vorfall erfahren, weiß man nicht. Genuig, Kollege St. erhält eine Anfrage wegen öffentlicher Besiegung und wurde zu „M. G. E. B. f. e. e. w. e. n. t. l. 10 Tagen“

Hoft beruhrt, von Seiten des Amtsgerichts waren sogar 14 Tage Gefängnis beantragt worden. St. führte zu seiner Verhösbegleitung an, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Schüttler zu beleidigen, sondern er wollte seinen Kollegen nur vor Augen führen, daß die Wohlhabenheit der Unternehmer nicht vom Bupfen herkomme. Wenn er diesen Ausdruck gebräucht habe, so solle man doch berücksichtigen, daß er als Arbeiter nur zu Arbeitern gesprochen habe und nicht jeder könne seine Worte immer gewährt vorbringen. Die Unternehmer titulierten uns noch mit ganz anderen Schmeichelnamen; so sei es Schüttler gewesen, der vor nicht langer Zeit einem eitlegen sogar Schläge angeboten habe. Der Herr Amtsgerichtsleiter führte aus: Der Angeklagte sei Agitator und habe wohl gewußt, was er sagen wollte, auch heute habe er genügend bewiesen, daß er sich geträumt zu vertheidigen verstehe, er, der Angeklagte, wollte durch diese Worte den Obermeister lächerlich machen, infolgedessen müsse, um diesem Unwesen ein Ende zu machen, der Angeklagte bestraft werden und nicht eine Geldstrafe, sondern eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen sei angebracht. Der Gerichtshof erkannte auf die oben angegebene Gehaltstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß St. Melchett in Wahrung beiderlicher Interessen gehandelt habe, infolgedessen sei von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen worden.

* Nachklänge zum Streit in Frankfurt a. d. O.
Der Bedrohung „Arbeitswilliger“ in vier Jahren war der
Maurer W. Hellmer angeklagt, und hatte sich dieshalb am
20. September vor Gericht zu verantworten. Hellmer war auf
Streitpunkten gezogen und traf hierbei mit einigen Kollegen aus
Budapest zusammen, die von den Unternehmern in großer Zahl
als Streikbrecher herangezogen worden waren. Er soll dabei
die ungarischen Maurer gefragt haben, wie lange sie gedacht
in Frankfurt zu bleiben; diese Frage wurde nach der Anklage
mit einer drohenden Handbewegung begleitet gegen einen der
Ungarn, der verprocst hatte, die Arbeit nicht aufzunehmen.
Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Ge-
fängnisstrafe von zwei Monaten, da ihm die vier Ungarn als
sehr glaubwürdige Zeugen erschienen. Das Urteil lautete auf
eine Woche Gefängnis.

* Über die Gültigkeit der Beschlagsnahme des einbehaltenden Lohnes fällt das Königl. Gewerbe-gericht unter dem Vorst. des Reichskonsistorialgerichts eine höchst wichtige Entscheidung. Vor dem betreffenden Gewerbe-gericht wurde ein Aenderer gegen die Firma Gebr. von der Lippe klagbar, weil diese Art. 19 verbreiteten Lohnes infolge Nicht-einhaltung der Ablieferungsfrist entbehet. Der § 394 des B.G.B. verbietet dieses Einbehalten von Lohn unfehlbar. Die Firma berief sich aber darauf, daß in der vom Kläger an-kannten Arbeitsordnung die Gültigkeit dieses Paragraphen aufgehoben sei. Das Urtheil lautete auf Zahlung der geforderten Art. 19 unter folgender Begründung: Die verklagte Firma betriebe nichts, was der Kläger dem Lohn verdient habe, aber sie wolle mit genaß ihrer Fabrikordnung als Schadensersatz behalten, weil der Kläger die Arbeit ohne Ablieferung verlassen hat. Dieses Verfahren sei eine Auseinandersetzung, die durch § 394 des B.G.B. untersagt ist. Wenn die Firma bestreite, sie habe die Gültigkeit des § 394 durch gegenseitige Vereinbarung für ihren Betrieb aufgehoben, so sei die Auseinandersetzung ungültig, denn der § 394 sei zwingendes Recht, das nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden könne. — Das Urtheil ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil namhafte industrielle Werke gleich dem oben genannten diesen Paragraphen durch Bestimmungen ihrer resp. Arbeitsordnungen außer Acht zu legen denken, was sehr juristisch schwerlich als zulässig bezeichnet würde.

lungen, was jetzt jüngstestens als zukünftig bezeichnet wurde.
* **Krankenfürsorge durch die Versicherungsanstalten.**
Die Landesversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen hat kürzlich einen Beschluss gefaßt, durch den der Umfang der als Vorbeugung gegen künftige Invalidität dienenden Krankenfürsorge in dankenswerter Weise erweitert wird.

Ein Arbeiter B. in M. litt an schlechter Verdauung, die auf ein mangelfhaftes Geißel, das erhebliche Nüchtern aufwies, zurückzuführen war. Der Arzt bestuhlte, daß, wenn sich Patient kein funktionelles Geißel einzigen läßt, sich später Invalidität einsetzen würde. Da die Krankenfasse, der das Erkranken angehört, sich weigerte, die Kosten des Geißels zu tragen, da ein solches nicht zu den „Heilmitteln“, wie sie das Krankenversicherungsgesetz vorstellt, gehört, wurde die Landesberufserziehungsanstalt darum angegangen. Der Patient berief sich auf den bekannten § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes, nach dem die Versicherungsanstalt ein „Heilverfahren“ übernehmen kann, wenn Invalidität zu bejagen und die Heilung des Erkrankten möglich erscheint. Die Versicherungsanstalt befürwortete die Einsetzung eines vollständigen Geißels auf ihre Kosten.

Diese Entscheidung ist im Interesse des Betroffenen, sowie aller seiner versicherten Leidensgefährten freudig zu begrüßen, denn sie schützt ihn auf die Dauer vor Invalidität aus Mangel am Zahnen; aber gerade darum liegt vor im eigentlichen Interesse der Versicherungsanstalt. Auf diesem Gebiete steht den Versicherungsanstalten überhaupt noch ein sehr weites Feld lohnender Tätigkeit offen.

* Der deutsche Tabakarbeiter-Verband hielt seine Generalversammlung vom 23. bis 29. September in Mainz ab; sie war von 64 Delegierten besetzt. Der Verband zählte Ende August 18 393 Mitglieder. Dem Rosenbericht entnehmen wir, daß im abgelaufenen Berichtszeitraum M. 190 846,72 Eintrahme eine Ausgabe von M. 190 846,72 an verzeichnet ist, so daß ein Rosenberichtstand von M. 10 511,98 verbleibt. Die Hauptausgaben sind: Ein Beiheftunterhaltung M. 26 272,42, Streit-untersuchungen M. 38 682,54, Zuliefer zur Krankenfasse M. 44 535,10, für das Organ M. 19 636,41 und für Agitation M. 16 500. Die Gesamtentnahmen für die letzten beiden Jahre beträgt M. 405 799,50, die Ausgabe M. 378 046,43. Streits fanden in der Zeit vom 16. August 1898 bis 15. August 1900 statt, bei denen 1422 Personen beteiligt waren. Von den 37 Streits waren 27 Abwehrstreits, von denen nur 7 mit vollem Erfolg, und 10 Angriffsstreits, von denen nur 8 mit vollem Erfolg endeten. Die Streits haben große Summen gefestet, besonders der in Winterhalde, so daß die Mittel des Vereins nicht ausreichen. Der Verein ist deshalb zur Zeit mit Schulden belastet. Dieselben belaufen sich auf M. 19 000. Es wurde ein Antrag auf Erhöhung der wöchentlichen Beiträge um 5 % mit 55 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Recht eingesetzt wurde über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung diskutiert. Eine fristig eingezogene Kommission, die auch statistische Erhebungen vornimmt hat, empfahl eine mäßige Unterstützung, die durch eine Beitragserhöhung von 5 % wöchentlich gedeckt werden könne. Die Generalversammlung lehnte jedoch mit 47 gegen 17 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab.

Ebenso wird abgelehnt, eine Urabstimmung in Sachen der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen. Bezuglich Streitunterstützung wurde beschlossen: „Wollen die Arbeiter einer Fabrik in einen Kampf zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, so ist nur dann die Angelegenheit zur Vereins-Sache zu machen, wenn mindestens zwei Drittel vollberechtigte Mitglieder sind.“ Die Reiseunterstützung, beträgt 2 ₣ pro Kilometer mit folgender Einschränkung: „Für Mitglieder, die von 26 Wochen bis zweit Jahre Mitglieder sind, wird der Höchstbetrag auf 25 fests gesetzt. Der dreijähriger Mitgliedschaft kommen ₣ 30, bei vierjähriger ₣ 35, bei fünfjähriger Mitgliedschaft ₣ 40 zur Auszahlung. Letzterer Satz ist der Höchstbetrag, der zur Auszahlung gelangen kann. Außerdem zahlt der Verband Unterstützungen in Steuerfallen und bei Unfällen. Eine Krankengeld-Zuschüttung besteht facultativ. Sollte der Reichstag zu einer Auflösung der freien Hilfsstellen kommen, so ist der Verbandsvorstand beantragt, eine Urabstimmung darüber herbeizuführen; ebenso die Zulassungsliste obligatorisch eingeführt werden soll. Eine ähnlich tonische Resolution zu Gunsten der Konsumvereine wurde mit 30 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Eine kurze Debatte über die Neutralitätsfrage wurde zu Gunsten der Fachtagung „Der Tabarbeiter“, der Gegner der Neutralität ist, erledigt.

Streif-Statistiken.*)

10

Seit dem 1. Januar 1899 wird neben den Statistiken der Gewerkschaften eine amtliche Statistik des Reichsberwaltung ausgenommen. Wie aus der Vorberichtigung zu der amtlichen Statistik hervorgeht, legte die Regierung mehr Gewicht auf die kriminalstatistische als auf die volkswirtschaftliche Seite der Statistik; man scheint aber in letzter Zeit davon abgelenkt zu sein, denn der im Jahre 1900 für Anwendung gekommene Tabellenblatt ist gegen den im Vorjahr abgeändert worden. Die Fragen nach der Zahl der etwa kontraktarbeitsfähigen Arbeiter sind in Formul und gekommen. Auch sonst sind einige Verbesserungen in der Fragestellung vorgenommen worden. Anspruch auf Zuverlässigkeit kann die amtliche Statistik natürlich nicht machen, wenigstens nicht die Gewerkschaftsstatistik. Wirklich außeräussig würde eine Statistik sein, wenn die von den Organisationen und den Behörden gewonnenen Zahlen gemeinsam unter Kontrolle der Gewerkschaften verarbeitet würden. Es ist möglich, daß die amtliche Statistik in der Jahreszusammenstellung noch wesentlich verbessert wird, in den bis jetzt vorliegenden detaillierten Berichtserstellungen differiert die Reichsstatistik sehr erheblich mit der Gewerkschaftsstatistik. Es kann dies nach den bisherigen behördlichen Gesplogenheiten auch gar nicht anders sein. Schon bei der Frage nach der Dauer eines Streiks können die Meinungen der Arbeiter und der Behörden weit auseinander gehen, während es doch schon dagewesen, daß Behörden (Bischof, Maurer, Kreis) einen Streik amtlich als beendet erklärt haben, obwohl der Streik in Wirklichkeit fortwährt. Auch die Frage: wie viele Betriebe zum völligen Stillstand gekommen sind, wird in dieser Regel ständig streiten; und gar oft der Kontraktarbeits! Die Polizeibeamten hören die für die Statistik benötigten Informationen von den Unternehmen, und diese sind gar leicht geneigt, die Arbeiter als kontraktarbeitsfähig zu bezeichnen, wenn sie auch in anderen Fällen — wenn z. B. der Arbeiter sich unregelmässiger Weise entlassen glaubt — unmöglich beschäftigen, jedoch keine Stützung sei in ihren Betrieben ausgeschlossen. Aber auch sonst sind der amtlichen Statistik viele Fehler unterlaufen, die Streiks werden nämlich nach Verwaltungsbereichen gezählt, obwohl mehrere Kreise, betriebe und gewerke zusammenhängen.

Dadurch werden Streiks doppelt und mehrfach aufgeführt, die eigentlich nur als ein Streik zu gelten haben. Auch Fabrikstreiks, soweit nur eine Gewerkschaft in Frage kommt, werden in der Gewerkschaftsstätigkeit als ein Streik geführt, während sie in der Gewerkschaftsstätigkeit an mehreren Gruppenstreiks ausgelöst werden.

Wie diese Differenzen entstehen, zeigt am besten ein Vergleich der amtlichen Statistik mit den von unsrer Organisation, dem Centralverband der Maurer, erhobenen Zahlen. Wir wollen zunächst einige groÙe Städte herausgreifen. In Dresden hatten wir einen Streif, von dem 233 Betriebe in Dresden und Umgegend mit 3477 Maurern, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Steilende Mauerwerke wurden unerreichbar 2854 gezählt. Die Reichsstatistik macht aus diesem einen Streif, der in Breslau befindlich ist, deren acht, und zwar: Dresden, Breslau, Görlitz (bito), Löbau-Plauen-Naußlitz, Görlitz, Bautzen und Tschäbau-Kaditz; die Zahl der Betriebe verringert sich in der Reichsstatistik aber auf 182, die Zahl der vorher Beschäftigten erhöht sich auf 5809 und die Zahl der Streitenden beträgt nur 2876. Der springende Punkt in dieser Gegenüberstellung ist, daß die Reichsstatistik aus einem acht Streifens macht und trotzdem die Zahl der Streitenden um 478 zu niedrig angiebt. Erklärt ist es, daß die Zahl der vorher Beschäftigten

ungen. Gestehen Sie es, daß die Zahl der höher bezahlten Beamten in der Reichsstatistik ganz bedeutend höher ist als bei uns; wir führen nur die Mauern auf, während in der amtlichen Statistik wohrscheinlich die Bauhofsarbeiter, Hofarbeiter, Kutscher &c. mitgezählt sind. Es will auch nicht viel besagen, daß wir mehr Betriebe haben als die Reichsstatistik; bei uns sind alle Betriebe einzazählt, die Behörde hat nur die registriert, die ganz oder teilweise über Stillschall geflossen sind. Und wiederum wird mancher Unternehmer, der nur mit zwei Dritteln oder der Hälfte seiner gehörenden Leute arbeitete, gelagt haben — um den Streit als bedeutungslos hinzustellen —, er wisse nichts vom Streit. Dies sind zwar nur Redevorleistungen, sie zeigen aber doch, wie unzulässig eine nur von den Behörden mit Hülfe der Internetsysteme aufgenommene Statistik sein muss.

In elatantester Weise zeigt sich die Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik in der Darstellung der Aussperrung in Berlin. Wir haben es auch hier mit einer einheitlichen Aktion zu tun, und zwar nur mit einer Aussperrung, die sich über Groß-Berlin erstreckt und östlich, auch gegenwärtig weit ausgedehnt werden kann. Innerhalb Gewerkschaftsstatistik weiß 832 Betriebe, 7482 vorher Beschäftigte und 6839 Ausgesperrte auf. Die amtliche Statistik dagegen rechnet mit 7 Streiks in Berlin (bito) Charlottenburg, Mitdorf, Neukölln-Weizenheim, Deutsch-Wilmersdorf und Halensee mit 378 Betrieben, 8161 vorher Beschäftigten und 5077 Streikenden. Und weiter führt die amtliche Statistik dann nochmals 3875 Ausgesperrte auf, die

auf Berlin-Charlottenburg (bito, bito), Bankow, Mördorf, Deutsch-Wilmersdorf, Neu-Westend, Friedenau, Gr.-Lichterfelde und Tempelhof entfallen; diese Ausweitung soll in 209 Betrieben erfolgt sein. Umzweigehäft ist in der Reichsstatistik die meisten Betriebe doppelt gezählt, ebenso die Zahl der vorher beschäftigten; die Ausgewerteten, die ebenfalls durch Doppelzählung um 212 verfehlte wurden, sind dann entweder auf die Auskunft der Unternehmer hin oder nach dem Gutachten der erhebenden Beamten zum größten Theile in Streitfälle verhantlicht worden. Die Bürger haben nach der Reichsstatistik nur in Berlin gestreift. Zur Wirklichkeit erstreckt sich der Streik wie bei den Mauern auf die Vororte. Die Zahl der Streitenden beträgt nach unserer Statistik 1142 in 149 Betrieben; die Reichsstatistik kennt nur 210 Streitende und 95 Betriebe. Die Habibipuizer werden mit 182 Arbeitern als Ausgepercste aufgeführt; es hat in dieser Branche aber gar keine Ausweitung stattgefunden, wohl aber haben 111 Mann gestreikt. Weiter sind Streiks der Habibipuizer für das 1. und 3. Quartal in der Reichsstatistik aufgeführt, die nach unseren Ermittlungen nicht stattgefunden haben.

Aus dem Augsburger Streit macht die Reichsstädtistik zwei, weil auch in der Vorstadt Lechhausen gefreist wurde; ebenso gut hätte man drei Streits verzehlen können, denn der Streit erstreckte sich auch auf Eßgöttingen; die Zahl der angesuchten Verträge dectt sich in beiden Statistiken, die Reichsstädtistik hat aber 2068 Beschäftigte und 614 Streitende, wie haben 877 Beschäftigte und 754 Streitende. Aus der Aussicherung in Colberg hat die amtliche Statistik einen Streit gemacht. In Forst halten wir 246 Streitende, die Reichsstädtistik führt deren 415; in Fürstenwalde haben wir 161, die Reichsstädtistik 118; in Gr. Lüchow erfele wie 7. Unternehmer und 121 Streitende, die Reichsstädtistik 4 Unternehmer und 75 Streitende; in Thriesis wie 106 Streitende, die Reichsstädtistik 60; in Lüneburg wie 131 Streitende, die Reichsstädtistik 80; in Schöningen wie 91 Streitende, die Reichsstädtistik 60; in Werder wie 74 Streitende, die Reichsstädtistik 120 u. s. f. In Bremerhaven-Loh-Geestemünde destand für uns ein unbeschreibbarer Streit, die Reichsstädtistik hat destand drei; die sonstigen Bahnhöfe disterierten nicht viel. Mehrere Streits, weil die Vororte besonders ausgeschafft sind, führt die Reichsstädtistik noch auf für: Düsseldorf, Halle a. S., Helmstedt, Meissen, Neustrelitz, Neuzelle, Stettin und Weimar. Die Bahnen vorher verfaßtigen resp. Ausgeschafften stimmen in seinem Falle überein in den beiden Statistiken. Für Frankfurt a. M., Wark a. d. O., Hanau, Fulda, Marienberg, Neuhofe, Offenbach a. M., Bodenbach, Sangerhausen und Witten sind in der Reichsstädtistik überhaupt keine Zahlen angegeben. Dies bedeutet einen Ausfall von 2100 Streitenden.

Nebenhilfe Differenzen wie bei den allgemeinen Stretts weisen die Statistiken auf bezüglich der Einzelstretts (Güteren). In der Reichsstatistik fehlen: Droyßig, Eberswalde, Freienwalde, Friedrichsfelde, Hildburghausen, Greifswald, Kl. Schönbeck, Wilhelmshof und Wörlitz.

Bezüglich der allgemeinen Stells, so weit die Hauptstells-
orte in beiden Statistiken ausgeführt sind, differieren die End-
abzahlen wie folgt: 78 Stells in der Statistik des Mauer-
verbandes (in der Reichsstatistik), 1785 Betrieb (1624),
28 116 Beschäftigte (40 717), 23 886 Stells rep. Ausgegebene
in der Statistik des Mauererbandes und 24 442 in der Reichs-
statistik. Wie man sieht, sind die Zahlen garnicht in Einklang
zu bringen.

In der Meichsstatistik sind aber auch noch eine Reihe Streits aufgeführt, die wir überhaupt nicht kennen. Es sind im zweiten Quartal aufgeführt: Wirsenwerder mit 1 Petrieb und 22 Streitenden, Königslütze mit 1 B. u. 8 St., Samterdorff 1 B. u. 5 St., Gr.-Wölfsdorf in 1 B. u. 26 St., Omsfelz 1 B. u. 19 St., Bühl m. 4 B. u. 27 St., Wangeroog m. 1 B. u. 27 St.

1 B. u. 27 St. Reide m. 1 B. u. 12 St. Döllingen m. 2 B.
19 St. Dibagshausen m. 1 B. u. 10 St. Desau m. 8 B.
88 St. Es das dritte Quartal sind aufgeführt: Wilsa mit
10 Betrieben und 88 Streiteln, Gräfen-Edersbach-Martenthal-
Wolfs-Weissenborn m. 5 B. u. 68 St. Schwarzwald m. 1 B.
4 St. Kraatz m. 1 B. u. 10 St. Solzschwagen m. 1 B.
5 St. Wittenhausen m. 3 B. u. 20 St. Für das vierte
Quartal sind aufgeführt: Kautz-Görlitz mit 8 Betrieben und
18 Streiteln. Es sind dies 86 Betriebe mit 276 Streiteln.
Von diesen Streits hatten wir keine Kenntnis. Es scheinen
aber auch keine Streits im Sinne der gewerkschaftlichen Auf-
stellung gewesen zu sein, gewerkschaftliche Organisationen waren
Jedebefalls nicht vorhanden; wahrscheinlich haben die an den Orten
nicht beherrschenden Geleuten aus irgend einem Grunde die Arbeit
niedergelegt, sind abgereist und haben sich um nichts gekümmert.
Aus diesen Abänderungen haben die Bevölkerung flugs Streits
genährt. Weiter führt die amtliche Statistik noch einen Streit
und eine Spalte für Braunschweig, die, weil Braunschweig kein
Verbandsort, in unserer Statistik fehlen. Die amtlich er-
mittelten Zahlen stimmen aber auch hier nicht mit der Wirklich-

Alles in Allem kann man das Urteil über die amtliche Streitstatistik dahin zusammenfassen: Sie ist äußerst mangelshaft. In einem Schlussteil werden wir über die Streits im Maurergewerbe nach der vom Verband aufgenommenen Statistik

Baugewerbeblatt

* Fährlichkeit der Bauarbeit. Berlin. Ein schwerer Baumstiel, bei dem ein Arbeiter seinen Tod fand, während vier schwer und einer leichter verletzt wurden, ereignete sich am 1. Oktober auf dem Erweiterungsbau der amerikanischen Petroleumgesellschaft Nobel an der Oberspree gegenüber den Wohnhäusern. Die Gesellschaft baut hier zu den drei schon vorhandenen Tanns noch einen vierten. Die großen Beträger werden ganz aus Eisen hergestellt und gleichen denen der Gasanstalten. Zur dem neuen sind angewöhntlich etwa 70 Arbeiter auf Leitern und Hängegerüsten mit dem Mieten der Eisenplatten beschäftigt. Neun von ihnen brachten Nachmittags mit einem Gerüst zusammen und stürzten aus beträchtlicher Höhe auf den Boden des Bergalters hinab. Alle wurden unter den Trümmermassen des Gerüsts begraben. Ihre Mitarbeiter machten sich sofort daran, sie aus ihrer förmlichen Lage zu befreien. Einer der Berüllingsungen war bereits tot, als man ihn unter den Trümmern hergeholtte, vier andere waren schwer, einer weniger bedeutend verwundet. Achtzehn, die aus Treptow, Charlottenburg, Oberschöneweide und dem Rummelsburger Frankenhausen kamen, leisteten auf dem Unfallstelle die erste Hilfe und ließen die Verletzten mit einem Krankenwagen aus Oberschöneweide und einem Löschwagen

*) Fortsetzung aus Nr. 88.

Nellungswagen nach Berlin auf die Unfallstation 3 am Mariannen-Ufer bringen, während der Tote einweichen auf der von der Polizei hergerichteten Unfallstelle geborgen wurde. Von der Unfallstation konnte der leicht Verwundete in seine Wohnung entlassen werden; die übrigen liegen sämtlich sehr schwer darunter. Alle vier haben Arme und Beinbrüche, zwei außerdem Schädelbrüche. — Den Tod infolge Abschlusses von einem Neubau erlitt der Maurer A. Draufläde. Der Verunglückte hatte sich einen Bruch des Halswirbels und Schädelverletzungen zugezogen und starb im Lazarus-Krankenhaus.

Erlaufeld. Ein Zimmergeselle stürzte beim Degen der Wallen auf einem Neubau 12 Meter tief ab. Die schweren Verletzungen sind schwerer Natur, jedoch nicht lebensgefährlich.

Terna. Am 1. Oktober stürzte der 48 Jahre alte Maurer Gustav Schulze, welcher mit der Wegnahme eines Schornsteintopfes beschäftigt war, von einem zu 11 m hohen Gerüst in die Tiefe und verletzte sich so schwer, daß er, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben, nach einer Stunde im Landeskrankenhaus verstarb. Das Gerüst ist zu schwach gewesen. Eine Patte ist gebrochen und ein Strick gerissen.

Köln a. R. In Ehrenfeld, am Bau der katholischen Kirche, stürzte ein Arbeiter vom Gerüst, als er einen Wogen aufzuladen wollte. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des linken Unterarms und des rechten Oberschenkels.

Leipzig. Infolge mangelhafter Abdichtung verunglückte ein Bauarbeiter auf dem Neubau des Unternehmers K. Müller, Kronprinzenstraße, als er einen Kasten weiter rütteln wollte. Der Arbeiter trat durch den Fehlboden und zog sich innerliche Verletzungen zu.

Düsseldorf. Am Neubau der Artillerieschule stürzte infolge Fehlritts der Maurer Grünfelser aus der zweiten Etage ab und zog sich neben anderen Verletzten einen Bruch des rechten Oberschenkels zu. — Die Grünfelser sind fast alle mangelhaft hergestellt. Schuhgerüste schälen gänzlich und auch die Leitergänge sind nicht vorrichtsmäßig. Wallenlagen sind gleichfalls nicht abgedeckt. Letzterem Umstand ist auch vorliegender Unglücksfall zuschreibbar. Bauteile und Bedienungsanlauf spottet jeder Beschuldigung. Die Bauteile sind kaum groß genug für 25 Mann, während etwa 180 Mann beschäftigt sind, und dann gewährt sie auch noch nicht "mal Schutz vor den Unfällen der Witterung. Die Behörde hätte wohl Anlaß, sich um die Zustände zu kümmern, sie tut es jedoch nicht. Und die Maurer und Bauarbeiter! Wie lassen sich leider Alles bilden!

Stettin. Am Sonnabend, den 29. September, brach am Neubau der Baugewerkschule ein Gerüst infolge Überlastung mit Material. Es verunglückten die Maurer Emil Krämer und H. Maas. Anteilnehmend schwer verletzt wurden sie in ihre Wohnung geschafft.

Weingarten (Württemberg). Von einem Neubau stürzte ein junger Klempner und erlitt neben einem unerwartet schweren Verletzung, daß sein Auskommen zweifelhaft erschien lassen.

Widau. Donnerstag, den 4. Oktober, verunglückte der Maurer Ernst Louis Wolf am Neubau der Kirche zu Marienthal. Er fiel von dem Thüragerüst 25 m hoch herab und verschied alsbald.

* **Zentralkommission für Bauarbeiterkunst.** Die Vertrauenspersonen, die noch im Besitz von ausgefüllten Fragebögen der Sommerkontrolle 1900 sind, werden erachtet, dieselben bis spätestens den 18. Oktober an den Unterzeichneten einzurichten. G. Heine, Hamburg, Bremerstr. 11.

* **Die künftige Baufähigkeit in Berlin wird von der "Baugewerks-Ztg." folgendermaßen berichtet:** Für Berlin gelassen sich die Bauausführungen für die kommende Zeit immer ungünstiger, weil es mehr und mehr schwierig wird, ausreichend hohe erste Hypothesen zu erhalten, zweite Hypothesen kann man noch geben werden. Dabei fallen erste Hypothesen schon 4% p. z. und außerdem eine Prohibition. Jede kündbare Hypothese ist gefährlich bzw. wird gefährlich, um zu einem höheren Bruttosatz und mit geringerer Betriebsgrenze wieder vergeben zu werden. Bauarbeiter sind nun erheblich teurer als feste Hypothesen, werden nur in geringer Höhe gegeben und in vielen Fällen ganz verweigert. Viele Kapitalisten entziehen überdies den Grundbesitz das Geld, weil sich ihnen jetzt Gelegenheit bietet, sichere Wertpapiere zu 4 und 4% p. z. zum Paritäts zu erwerben. Darin besteht eine schwierigkeit für Unternehmer von Bauten; eine zweite liegt darin, daß in den letzten zwei Jahren der Häuserbau um 25 bis 28% p. z. teurer geworden ist. Ein Haus, welches vor zwei bis drei Jahren noch für M. 800 000 erbaut werden konnte, kostet heute mindestens M. 400 000. Hieran sind sowohl die fortwährende Streits, welche mit Rohrechnung und Arbeitszeitverkürzung verbunden sind, sobald die steigende Unsicherheit, wegen allgemeiner Streiklust der Arbeiter Bauten zu einem bestimmten Zeitpunkt vollen zu können, und endlich die höheren Preise aller Baumaterialien und Bauarbeiten für den inneren Ausbau. Aus allen diesen Thatsachen ergiebt sich, daß weniger bewilligte Bauunternehmen nicht mehr bauen können und der Häuserbau überhaupt einen zu geringen Gewinn bringt. Daß ein Steigen des Mietens eine weitere Folge sein muß, liegt auf der Hand.

Vom 1. Oktober d. S. erhoben sich nun bekanntlich wieder die Höhe für Maurer, Zimmerer und andere Bauarbeiter, und zwar auf Grund früherer Abmachungen, dabei muß man leider auf größere Arbeitszeitverkürzung gefaßt sein, welche die organisierten Arbeiter für den 1. April f. S. planen (?? D. Ztg.), und wenn man auch mit Sicherheit annehmen kann, daß die verengten Bauunternehmer Berlins gutwillig nicht erneut Veränderungen nachgeben werden, so weiß doch Niemand vorher den Ausgang der Kämpfe, und man begegnet deswegen der allgemein in Bauunternehmerkreisen verbreiteten Ansicht, daß man möglichst lange abwarten und recht vorsichtig bei dem Abschluß neuer Unternehmungen sein soll. Jedoch ist man nicht gewillt, ohne Einführung der Streiklauß in die Verträge Bauten zu übernehmen. Und diesen Grundsatz sollte jeden Bauunternehmer in eigenstem Interesse festhalten. Das Häuser bauende Publikum aber, und die bauenden Arbeitgeber mögen beherzigen, daß ohne Streiklauß Muße und Frieden im Baugewerbe gänzlich ausgeschlossen sind, weil diese (die Streiklauß) für jetzt das einzige Mittel bietet, um den unerhörten Verforderungen der organisierten Arbeiter, welche auf immer weitere Verabschaffung der schon seit kurzer Arbeitszeit, weitere Steigerung der Höhe, Abschaffung der Mietordnung, Unterbrechung der nicht

organisierten Arbeiter und volle Herrschaft auf den Bauten hinzuwirken, einen Damnuß entgegen zu legen.

Die Streiklauß scheint der "Baugew.-Ztg." Weisheitlicher Schluß zu sein. Wie Carlo im römischen Senat seine Reden mit dem berühmten Wort zu schließen pflegte: "Caeterum censeo Carthaginem esse delendam" Übergegne dir ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß, so widerholst das edle Meisterwort bei jedem passenden und unpassendsten Gelegenheit das Wort: "Wer mit der Streiklauß, damit wir die Arbeitervororganisationen zerstören können". Dass es nicht die unerhörten Forderungen der organisierten Arbeiter sind, welche das Bauen in Berlin und anderen Großstädten wechselseitig beeinträchtigen, das weiß auch die "Baugew.-Ztg.". Sie weiß es ebenso gut, wie es andere Leute wissen, daß die Verhinderung der Wohnung und Geschäftshäuser wesentlich auf den Grund- und Bodenwirker, der in allen Großstädten, vornehmlich aber in Berlin, in geradezu unmöglichster Weise betrieben wird, zurückzuführen ist. Dazu kommt, daß auch die Profitrate des Unternehmertums in den letzten Jahren ganz erheblich in die Höhe gegangen ist und noch fortwährend gesteigert wird. Über alles dies berichtete die "Baugew.-Ztg.", weil es ihr nicht in den Sinn kam, um die Arbeiter niederhalten zu können, um die sowieso schon hohe, in gar keinen Verhältnis zu den Leistungen stehende Hoheitsrate noch mehr in die Höhe treiben zu können, deshalb, aus keiner anderen Gründen, fordert man die Streiklauß. Wer das nicht begreift, den bedauern wir.

* **Patentirte Bauanthaltsmittel und Gebrauchsanweisungen.** Bericht über neue Erfindungen. — Aufgestellt durch das Patent- und technische Bureau von A. Rohrbach und Co. in Berlin NW 6. Marienstr. 28, Erfurt und Kassel. Auskünte und Rath in Patentfragen werden den Abonnenten dieses Blattes gratis ertheilt.) Auf Bauten mit Muthen und federartig, einseitig vorstehenden Enden, welche mit dem Stein aus einem Stück hergestellt sind, hat Herr Josef Conradt in Elberfeld den Gebrauchsmodestrich erworben. Der mit dem Stein aus einem Stück hergestohne Anlaß greift die Nutze des nächsten Steines ein. Zum Zweck eines gleichzeitigen, seitlichen Bandverbandes ist der Anlaß einstiel vorstehend angeordnet und tritt derselbe auf der anderen Seite ebenso viel zurück.

Auf einer eisernen Ring zur Verankerung einer Kreuz-Spannvorrichtung am Umfang von 6 cm Durchmesser hat Herr Albert Steer in Mannheim den Gebrauchsmodestrich erhalten. Die größte Schwierigkeit in der Herstellung von Kreuzspanndecken besteht in der Befestigung der Hängeisen am Umfang der Säulen, welche die Deckenlast tragen. Um die Deckenlast zu tragen bzw. die Decke genügend zu verstetzen, sind eine größere Anzahl Hängeisen notwendig, für deren Befestigung am Umfang der Säulen ein nicht zu großer Raum in Anspruch genommen werden darf. Außerdem muß die Befestigung eine sehr solide sein, weil hieron die Haltbarkeit und Tragfähigkeit der Decke in hohem Maße abhängt. Für die Verankerung der Hängeisen muss also möglichst Schnabeldecken oder Stahl zur Verwendung kommen. Alle diese Bedingungen werden durch die Anordnung nach der vorliegenden Erfindung erfüllt, indem von einer festen Verbindung mit der Säule abgesehen ist und ein lose aufgelegter, drehbarer, schmiedeeiserner Ring zur Verankerung kommt, an dessen Umfang die Hängeisen eingehaftet sind.

Auf eine Vorrichtung zum Trocknen von Decken von Bauwerken hat die Firma Baumhöghe, G. m. b. H., in Berlin den Gebrauchsmodestrich erworben. Die Vorrichtung dient zur unmittelbaren Befestigung der Decken von Bauwerken zwecks beobachteter Trockenlegung derselben. Die Vorrichtung besteht aus einem sahnenförmigen, gesogen konstruierten Heizkörper, von welchem sich eine in ihrer Höhe einstellbare und bis in die Deckengegend ragende Heizgasleitung erhebt, deren Mündung mit einem Schraubenkopf zur Befestigung der Heizleitung mit einem Schraubenkopf zur Befestigung der Heizleitung verschloß ist. Um nach Möglichkeit die seitliche Wärmeabstrahlung zu verhindern, soll der Heizkörper und die Heizgasleitung mit einer Wärmedämschicht bekleidet sein. Der Heizkörper ist mit einer Haube versehen, von welcher die aus zerlegbaren Stücken bestehende Heizgasleitung bis in die Nähe der zu bearbeitenden Decke ragt. Waren zu stellen eine feste Verbindung der einzelnen Leitungssäulen her. Von dem Trichter wird auf Stützen der Schraubenkopf getragen, welcher die Verhüllung der Heizleitung bewirkt.

Auf Massivdecke aus keilförmigen, abwechselnd mit der zur Aufnahme von Banden geschnittenen Breitseite schrägläufig verlegten Steinen hat Herr Christian Übers in Werdern den Gebrauchsmodestrich erhalten. Bei Anlage der Decke soll in erster Linie das Einschlagen wegfallen, was dadurch erzielt wird, daß die Deckensteinen mittels auf ein 40 mm hohes Bandenfeld gesetzt werden und in den durch ihre verlängende Form nach oben-hinterlassenen Raum derselben umgedreht eingelagert werden und in Verbandsform hängen bleiben. Als dann soll zu größerer Widerstandsfähigkeit ebenfalls ein Bandenfeld in die nach oben gerichtete Rille eingelegt werden, so daß die Bandenfelder abwechselnd oben und unten liegen. Die Steine werden mit Cementmörtel verfestigt und nachher wird die fertige Decke mit Cement vergossen. Die Steine sollen aus rheinischem Bimsand und Cement hergestellt werden.

Denkschrift, betreffend Einführung der Streiklauß in die Bauverträge.

Zur Begründung der Streiklauß hat (wie auch aus den Antworten in Nr. 89 des "Grundstein" hervorgeht) der Vorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe an die statutarischen und städtischen Behörden eine Deutschrücke gerichtet, die wir nachstehend gleichfalls unseren Lesern zugänglich machen. Wir drücken die Deutschrücke ohne jede Umlenkung ab, wie werden über nicht verschaffen, in gebührender Weise darauf zurück zu kommen. Der Unternehmerbund läßt sich also verlauten:

„Die erfahrungsgemäß eine Spezialfrage am besten durch Generalierung sachlich und objektiv beurtheilt werden kann, wollen wir eine Denkschrift über die beantragte Einführung der Streiklauß in die Bauverträge, eine Betrachtung über die allgemeine Lage im Baugewerbe vorausführen.“

Raum irgend ein anderes Gewerbe hat in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts bei allgemeiner günstiger Konjunktur eine so rege Thätigkeit entwickelt wie gerade das Bau-

gewerbe. Die Segnungen des Friedens in dem einzigen Deutschen Reich haben der Technik eine großartige Entwicklung verliehen und insbesondere unser Gewerbe Bauten erreicht lassen, welche für Jahrzehnte hinaus der Nachwelt ein nutzbringendes und erhabenes Denkmal sein werden.

Während aber der größte Theil der Gewerbezweige in Handel und Industrie mit einem beträchtlichen Glücklich auf die Vergangenheit zuversichtliche und begründete Hoffnung auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung verbindet, kann das Bauhandwerk nur mit schweren Bedenken der wirtschaftlichen Zukunft entgegen sehen. So vor sind viele Voraussetzungen zu einem weiteren Aufschwung des Wohlstands eine rege, die Ausdehnung der Städte, die zunehmende Produktion der Industrie erheblichen unsorgfältige bauliche Neuauflagen, Staat und Kommune bedürfen für ihre wachsenden Verwaltungskörper, für Schulen und Wohltätigkeitsanstalten in erhöhtem Maße öffentlicher Gebäude. Aber alle diese überaus günstigen Momente werden durch die traurigen, von Tag zu Tag sich verschlechternden Arbeitsverhältnisse in den Hintergrund gedrangt. Die momentane Schärfe der Arbeiterschwäche hervorgerufen, welche mit Notwendigkeit die nationale Schäftsstrafe und Schadenslist immer mehr nahm legen müssen. Es haben sich gerade im Baugewerbe infolge der Eigenart seiner Arbeitsbedingungen Zustände herausgebildet, die zum Verergang des Befinnungsrechtes vom Arbeitgeber auf die Arbeiter und zur Debattestellung der Produktion führen müssen, wenn wir weitere Entwicklung auf diesem Wege nicht noch rechtzeitig aufzuhalten wird. Die Verstärkung des sozialen Gegenseitig hat dabei durch den verdecklichen Einfluß der Sozialbeamten einen derartig bedrohlichen Charakter angenommen, daß eine gedehnte Fortentwicklung unseres Handwerks in Frage gestellt ist. Ist es an sich schon ein unlösbares Zustand, wenn die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters sich anhaltend bis unter die Hälfte der früheren Arbeitsleistung vermindert und wenn die Mindestleistung als maßgebend für einen stetig steigenden Mindestlohn angesehen wird, so wird der Zustand geradezu unerträglich durch die terroristische Vorgehungen der sogenannten Arbeitervührer. Diese haben ein ordentliches Übermachungsysten eingerichtet, daß auf den Bauten nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden, und daß diese nicht über ein bestimmtes, genau vorher festgesetztes Arbeitsquantum hinaus arbeiten. Indem sie sich gegen seitig zu überblitzen suchen in der Aufsicht und Pflicht angelegter Wohlbände, haben die sozialdemokratischen Heizer ähnlich einen klassenden Will in das alte Bauteauverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebracht. Mit allen erdenklichen Mitteln zwingen die anerkannten Arbeitervührer, und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen Bewegung stehende ältere Familienälter, ihren Organisationen beizutreten, und nicht selten gehen der wirtschaftlichen Vernichtung Widerstreitiger Verteilungsgewaltungen der schlimmsten Art voran. Dabei bietet die anerkannten Arbeitervührer und zumal einsichtsvolle, abseits der sozialdemokratischen

Mausel eingegangen und ist diese nicht Selbstzweck; sondern nur Mittel zum Zweck, um dem beschämend traurigen Zustande ein Ende zu machen, daß der Arbeitgeber der rücksichtslosen Willkür seiner Arbeiter preisgegeben ist. Von einer Parteinahe für den Arbeitgeber und gegen die Arbeiter infolge der Anerkennung der Streitklausel kann aber gar keine Rede sein. Eine solche Parteinahe der behördlichen Auftraggeber zu Gunsten der Meister und zu Ungunsten der etwa streitenden Arbeiter könnte — wie von einwandfreier Seite geschildert wurde, — doch höchstens dann vorliegen, wenn sie während eines Ausstandes selbst erfolgte. Die Lage der Arbeitgeber gegenüber den streitenden Arbeitern würde nur dadurch gestärkt, wenn, nachdem der Streit ausgetragen ist, der behördliche Auftraggeber erklärte: Wir entbinden Dich von der Lieferungsfrist resp. verlängern diese um die Dauer des Ausstandes. Sagt aber der Auftraggeber vorher und generell, daß er einen Lieferungsvertrag über öffentliche Arbeiten unter der Bedingung abschließt, daß im Falle eines Streits die Lieferungsfrist unterbrochen werden soll, so kennen eben beide Seiten diesen Umstand vorher und können ihn für ihre Entschließung in Betracht ziehen. Es findet also dann durchaus kein Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter statt — die Klausel liegt aber sogar im öffentlichen Interesse. Der behördliche Auftraggeber ist diesem gegenüber verpflichtet, so billig zu arbeiten, wie er kann. Soll aber der Arbeitgeber für Überschreitungen der Lieferungsfrist auch im Falle des Streits durch Konventionalstrafen schadhaft gemacht werden, so muß er diesen Umstand in sein Kausal einbeziehen, kann also die Arbeit nicht ebenso billig übernehmen, wie er es vermag, falls die Ausstandsklausel in den Lieferungsvertrag aufgenommen ist. Da jedoch die Möglichkeit eines Streits fast für jede derartige Lieferung vorliegt, weil diese doch meistens erst längere Zeit nach der Übernahme ausgeführt werden soll, so repräsentiert das Fehlen der Ausstandsklausel in den Submissionsbedingungen eine sehr beträchtliche Summe, welche die Unternehmung öffentlicher Arbeiten mehr fordern müßten, als sie zu beanspruchen nötig haben, falls die Streitklausel im Vertrage steht. In Wirklichkeit fragen also die kommunalen und staatlichen Steuerzahler die Kosten des Fehlens der Streitklausel in den Submissionsbedingungen.

Die leichten Zustände aber bilden, so lange die Klausel im Bauvertrag fehlt, indirekt eine einseitige Benachteiligung der Arbeitgeber zu Gunsten der Arbeiter, wie auch bereits von maßgebender Sachverständiger Seite öffentlich anerkannt ist. Die Arbeiter erhalten während eines Ausstandes aus dem Streitklausel Erfolg für den Aussatz der Lohnzahlung, während die Arbeitgeber in dieser Zeit nicht nur keinen Verdienst, sondern erheblichen Verlust durch Gehaltsunkosten — Erhaltung und Bewahrung der unterlieferten Bauten, Bezahlung der angestellten Bauteile und Baufäden u. a. m. mehr — haben. Außerdem liegen Rüstungen und Materialien zinslos da und bei den Bau hinzugesetzte Geld zehrt Binsen. Wenn dazu noch Einschädigungsansprüche und Konventionalstrafen hinzutreten, so muß sich der Arbeitgeber unausbleiblich, um große plakative Nachhille zu vermeiden, allen Arbeiterforderungen fügen. Wenn nun aber die Arbeiter auf Streiks und Ausständen nicht verzichten wollen und können, so ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, daß der engsterzielte Standpunkt der Einseitigkeit aufgegeben, beide Parteien in diesem in fast allen Fällen von Seiten der Arbeiterausfallshöhe zu Gunsten mit gleichen Maßen sich gegenüberstehen und zu diesem Zweck durch Streiks bedingte Überschreitungen der Lieferungsfrist nicht an den Arbeitgebern behördlicherweise durch Konventionalstrafen geahndet werden. Was dem einen recht, muss dem Andern billig sein; die Arbeiter verlangen und haben vielfach angebilligt, erhalten die Sperrung der Arbeitsnachweise für die Dauer des Streits, mit demselben, ja mit noch viel größerem Recht können doch wohl die Arbeitgeber die Verlängerung der Baupausen um die Dauer von Ausständen beanspruchen. Die Anerkennung dieser berechtigten Forderung vorausgesetzt, darf der Bauausfallhöhe aber als freier Staatsbürgers Billigkeit nicht den Gnade und dem Wohlwollen seiner vorgesetzten Behörde oder deren Beamten bezüglich des Erlasses etwaiger Konventionalstrafen ausgesetzt sein, sondern muß und kann sein Recht nur durch Einziehung der Streitklausel gewährleistet erhalten. Als ein weiteres Droschken und Kampfmittel gegen die Streitklausel ist aber, vor Allem auch von bürgerlicher Seite aus, der

Regiebau

angeführt und selbst das Pariser Muster angezogen worden. Wir wollen uns hier eine weitreichende Widerlegung erproben und den frischeren technischen Angriff der französischen Gesellschaft für uns reden lassen.

Der Pariser Reichstag hat nämlich an den Minister für öffentliche Arbeiten seinerzeit über den Einfluß des Sozialismus auf das Bauwesen in Frankreich mit besonderer Berücksichtigung der Biegbauteile berichtet, daß dieser Einfluß stets ganz allgemein eine Vermehrung der öffentlichen Bauten nach sich ziehe und auf eine fünftägige Steigerung der Bauten hinauslasse. Weil die Mehrheit des Pariser Gemeinderates sozialistisch sei, sorge sie auch weniger für die Stadt, sondern vielmehr für diejenigen Bevölkerungsklassen, auf deren Stimmen sie rechte. Die Bestrebungen hatten daher das Ziel im Auge, um neue Bauten die Arbeit zu Machthabern der Unternehmer und auch sonst auf Kosten der Allgemeinheit zu begünstigen. Die französische Gesellschaftsgesetzgebung, welche die freie Bildung von Arbeiterverbänden aller Gewerbe zur Vertretung von ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken gestattet, hat nach dem Bericht den Nachteil gezeigt, daß die unrichtigen Wortschächer dort die Hauptrolle spielen, während die fleißigen und ordentlichen Deute sich meist von den Versammlungen fern halten. Auch seien Bestrebungen zu Tage getreten, welche, wie in den englischen Trades-Unions, auf Beschränkung der Arbeitsfreiheit und Ausschluß freier Konkurrenz abzielen. Obwohl in dem bestehenden Gesetz nicht ausdrücklich bestimmt, trotzdem bekannte Pariser Nationalräte bedeutend erhoben, ob ein kleiner Unternehmer weniger Berücksichtigung verdiente, als ein Dutzend Deute, denen es möglich einfällt, das Geschäft zusammen zu versuchen und welche kein Unterfang für Erfüllung ihrer Verpflichtungen bieten könnten.

Der Pariser Reichstag schlägt sich durch Bedenken mit folgendem Urteil an: Es ist richtig, daß mit solchem Sozialismus für den Staat der große Vorteil verloren gehen würde, der in den gelauften Erfahrungen der Unternehmer, besonders der Großunternehmer, liegt, Erfahrungen, die um so wertvoller sind, als sie mit Einigung des eigenen Gesetzes gewonnen wurden. Dieser Nachteil für den Staat wäre sicher, während die heut-

sichtige Einwirkung auf die Arbeiterschaft sehr zweifelhafter Natur bleibt."

Die Beihilfeigung von Arbeitergesellschaften im Sinne des Paragraphen hat denn höchstlich nach dem Berichtsstatt zu Ausdehnung eines betriebsspezifischen strafbaren Verdingungsbündels geführt. Es ist dann später eine jährliche, erneute Preisliste der Stadt Paris für Baulöhne und Materialien den Unternehmen vorgeschrieben, die nach Aussage des Repräsentanten wiederum dem Sozialismus Vorwurf gelehnt hat. Die unter Anderem dort vorgeschriebene neunstündige Arbeitszeit ist in dem Bericht damit begründet, daß sonst die Arbeiter zu wenig Zeit hätten, sich aus den sozialistischen Blättern „zu unterrichten“ und „fortzubilden“. (1) Alles in Allem haben die künftige Unterordnung des Naturgesetzes durch Angebot und Nachfrage durch Wahlmachinationen und vor Allem die Regiedauten die lästigsten Erfolge gezeitigt, die französischen Arbeiter selbst sind schwer gefäßbar und eine erhebliche Verhinderung der Bauten ist herbeigeführt.

Diese Schilderung eines gewiß vollig unparteiischen Beobachters beleuchtet hinsichtlich die sozialistischen Pläne und wollen wir dem nur noch hinzufügen, daß auch für Deutschland die Einführung staatlicher Regiedauten den ersten Schritt zur Verwirklichung des ersehnten Zukunftstaates bilden würde. Die Sozialdemokratie selbst führt sich, diese abschaffende Wahn zuerst zu betreuen, die sie erst kürzlich durch den nicht in Regie ausgeschriebenen Bau des Berliner Gewerbeschauhauses bewiesen hat.

Wir wollen uns nunmehr darauf beschränken, noch einen weiteren Einwand kurz zu überlegen, um dann die gegen einen Missbrauch der Streitklausel gewährleisten Garantie heranzubringen.

Hier und da ist versucht worden, die im Text der Streitklausel mit vorgesehenen Sperre der Arbeitgeber als eine der Willkür jedes einzelnen Arbeitgebers unterworfenen Maßregelung hinzulegen.

In Wirklichkeit, wo die Baugewerksmeister die Submissionsbedingungen nicht inne halten zu können glauben und von der Konventionalstelle festgestellt werden, sollen sie diesen durch einen vom Baume gebrachten Streit erreichen können. Diese tendenziös entstellt und sachlich völlig unbegründete Behauptung ist ganz unhaltbar. Eine Baupause von Seiten der Arbeitgeber ist, wie wir gern dem Text der Klausel beizufügen bereit sind, nur aus dem Grunde vorgesehen, weil eine Verbindung der auf einzelnen Baustellen von den Unternehmern hervorgerufenen Streiks sich erfahrungsgemäß in kürzerer Zeit nur dadurch erzielen läßt, daß auf sämtlichen Baustellen die Arbeitnehmer entlassen werden. Also nicht eine Sperre der bei einem Einzelnen beschäftigten Arbeiter durch den betroffenen Arbeitgeber, sondern nur eine Gesamtsperre aller bei den Mitgliedern eines bestimmten Verbandes beschäftigten Arbeiter durch Verbandsbeschuß kann hier in Frage kommen. Dieser Beschuß kann aber auch erst nach Scheitern vorheriger Einigungsverhandlungen durch die Generalberatung gefaßt werden und muß mit seinen Motiven der Offenheitlichkeit unterbreitet werden. Eine solche als ultima ratio gedachte Einschaltung sämtlicher Bauarbeiter eines bestimmten Bezirks ist über unbedingt nötig, um der allbewährten Taktik vorliegender Bauunternehmer machlos zu werden, die die einzelne Arbeitgeber vollkommen machlos ist, mit Erfolg begegnen zu können. Das Unwesen des von der Arbeitergesellschaft systematisch immer nur über einzelne Bauten verhängten Sperren wird geradezu lächerlich auf unser Gewerbe; denn selbst wo, wie in Berlin, mit Rücksicht auf die Einigungsbedingungen die Überwachung durch Streitklausel nicht mehr offen zur Anwendung kommen kann, müssen die Arbeitgeberführer die Sperre durchzusetzen, ohne die drohende Konventionalstrafe, die ist die moderne Schlaß und Charybdis, zwischen der sich der Arbeitgeber ständig befindet.

Wir glaubten es als selbstverständlich vorausgesetzt zu dürfen, daß niemals eine solche Sperre von der Willkür eines einzelnen Arbeitgebers abhängt sein kann. Eine derartige Sperre kann und muß vielmehr, um überhaupt wirksam zu sein, in jedem Fall nur auf einen Beschuß der Arbeitgeberorganisation beruhen, die als solche für derartige Maßnahmen die Verantwortung vor den Behörden und der Öffentlichkeit übernimmt. Niemand, der sich ernstlich mit unserer Sache beschäftigt hat, wird daran zweifeln, daß die Bauarbeiterorganisationen stark und geschult genug sind und daß es ihr ehrliches und unparteiisches Verhalten sein wird, die Verantwortung für die Berechtigung derartiger Beschlüsse zu übernehmen; selbst der scharfste Gegner, wenn anders er es mit der Wahrheit genau nimmt, wird diese These nicht zu entkräften vermögen. Eine Klausel dafür, daß jeder Ausstand bezügl. jede Baupause von dem betreffenden Verband untersucht wird und das Befallen Einzelner seit der Genehmigung der Gesamtheit unterliegt, ist aber in der Organisation getroffen (vgl. §. 8 § 18 des Status des Berliner Verbandes).

Endlich bieten auch noch für viele Orte, wie gerade Berlin, die zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer im Baugewerbe geschlossenen Verträge mit die darin vorliegenden Einrichtungen, an denen die Arbeiter gleichzeitig sind, die volle Gewähr dafür, daß etwaige Sperren der Arbeitgeber den Rechtsgrund nicht mangelt. Damit ist eine erhebliche Garantie gegen Freiwilligkeiten geschaffen, die alle Verbindlichungen nicht so leicht aus der Welt souffieren dürften. Allerdings kann diese Garantie nur geboten werden für solche Meister, die einem Arbeitgeberverband angehören; auf diese allein erstreckt sich ja aber auch der Antrag um Aufnahme der Streitklausel in die Bauverträge, und die Organisationen werden stets dafür einstehen, daß ihre Mitglieder, wenn die Streitklausel nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch wirklich eingefügt ist, mit derselben keinen schönen Mißbrauch treiben werden und können. Ueberdies wäre es ja, abgesehen von aller Moral, ein Schnitt ins eigene Fleisch, wenn wir mit der Seele unseres Gewerbes, der Streitklausel, mit der die Existenz vieler namhafter Geschäfte steht oder fällt, selbst umgehen würden. In dem eignen und höchsten Interesse jedes gewissenhaften Arbeitgebers wie jedes Arbeitgeberverbandes wird es vielmehr liegen, Mißbraüche, welche die wertvolle Errungenschaft der Streitklausel diskreditieren und dieselbe uns wieder rauben würden, mit aller Energie hinzu zu halten.

Wir sind am Ende unserer Ausführungen angelangt und wollen nur noch betonen, daß wir mit denselben nicht nur Stimmung machen wollen, denn Stimmungen verauslaufen. Wir haben vielmehr, soweit es in dem engen Rahmen einer Denkschrift möglich, die Notwendigkeit der Streitklauselführung beweisen wollen, und wenn uns dieser Beweis gelungen ist unser Zweck erreicht. Nochmals können wir unsere Darlegungen nach bester Überzeugung nur dahin zusammenfassen:

„Nur mit Einführung der Streitklausel kann dem schwer kämpfenden Baugewerbe geholfen werden. Nur dadurch, daß Rechte und Kräfte gleich vertheilt werden, können Aussstände und Sperren mehr und mehr verhindert und die friedliche Lösung von Differenzen erreicht werden.“

Lohnbewegungen und Streit.

Manuver.

Ausgesperrt sind resp. im Streit befinden sich die Kollegen in Husum (Schleswig-Holstein), Friedland (Mecklenburg), Sowinemünde (Pommern).

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Bau in Brandenburg, Barmen, Wilhelm & Karl Hännig, Kunzel in Neppen, Witt in Bromberg, Biehake in Schwedt an der Oder, Otto Husum in Düsseldorf, Reisholz, H. Krohn, C. Wöhling, H. Gödgens, D. Preuß, J. Bargmann, W. Timm, J. Bornholdt, H. Fischer, P. Volken und H. Witt in Barnim, Paul Wittern und Ferdinand Hoffmann in Ahrensburg, Bischel aus Münster in Kiel-Gaarden, Westphal in Brunsbüttel (Meldsb.), Wilkens & Wöhler, Dahl, R. Bühring (Sielarbeiten), Kindler (Bau Lombardsbrücke, Comptoir: Kneidstr. 20) in Hamburg, Lappé in Franzburg, Bau Karlshütte bei Rendsburg, Petersdorf in Neudamm, Nagel in Boizenburg-Uelzen (die Bauten sind in Hardenbeck und Umgegend), Fuhrmann in Friedrichshagen (Neubau Springerberg bei Cöln).

Zugzug ist weiter fern zu halten wegen Differenzen mit den Unternehmern von Dresden, Kassel, Nienburg a. d. W., Braunschweig, Wittstock, Strelitz-Nestrelitz, Herford, und wegen großer Arbeitslosigkeit von Halle a. d. S., Rotthaus, Bremerhaven-Lehe-Gesellmünde, Eberswalde, Stettin, Magdeburg, Hannover, Hamburg und Lübeck.

In Stettin (Pommern) forderten die Kollegen von den Unternehmern eine Erhöhung des Lohnes auf 40 Pf. Fast fügten es, als sollte es diesmal zu einem Streit kommen, denn die Unternehmer zeigten sich prozig und lehnten sowohl die Forderung wie auch jede Unterhandlung ab. Durch die Vermittlung der Agitationskommission in Stettin gelang es jedoch, eine Vereinbarung zu Stande zu bringen, wonach der Lohn bis auf Weiteres auf 37 Pf. pro Stunde festgesetzt wurde.

Aus Hardenbeck (Uelzen) wird uns gemeldet, daß die bei dem Unternehmer Nagel aus Boizenburg (Uelzen) beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt haben. Grund: Lohndifferenzen.

Die Unternehmer in Husum suchen jetzt eine andere Ausflüchtung: Taktik in Anwendung zu bringen. Nachdem alle anderen Mittel versagt haben, kommen sie um und suchen den Gejagten die Übernahme von Arbeiten dadurch unmöglich zu machen, daß sie die Preise ganz gewaltig herunter drücken. Kurzlich wurde ein Neubau vergeben, wobei folgende Angebote abgegeben wurden: Die höchste Forderung hatte ein Kollege mit M. 11.479,67 gestellt, dann folgte ein anderer mit M. 10.511,81; ein Unternehmer, der die Forderung der Gejagten befürwortete, forderte M. 10.860, und als Mindestforderung entpuppte sich der unerwartete Jüngling und Aufläufer Hannemann, der sich mit M. 6894 begnügen wollte. Daß das vereinigte Innungsunternehmerum es darauf abgesehen hatte, den Gejagten die Arbeit abzutreten, geht am besten daraus her vor, daß sämtliche der Herren Innungsprotokol am Tage der Öffneröffnung vor Vergebung der Arbeit im Hause des Herrn Hannemann eine Vereinbarung getroffen hatten. Wenn sie denten, mit holden Mitteln die Gejagten kriegen, dann ihren Sieger. Sie werden im Gegenteil erreichen, daß die Bürgerschaft allmälig zu der Einsicht kommt, daß sie, die Unternehmer, doch eigentlich recht übersüßig sind.

Zu Hardenbeck wurden drei Kollegen wegen Einreihung des von der Organisation beschlossenen Sozialtarifs gemahnt. Zugzug ist fern zu halten.

Bon Wilschhausen aus wird erachtet, den Zugzug fern zu halten, da Lohndifferenzen vorliegen. Nähere Angaben wurden nicht gemacht.

Stoffateure.

Über die Firma Ebeling in Hannover ist die Sperre verhängt worden.

Den Berliner Stoffateuren war es nach mehreren erfolgreichen Sperren im Frühjahr d. J. gelungen, mit etwa 40 Unternehmern einen Tarif zu vereinbaren, der nur für Lohnarbeit berechnet war. Die Festsetzung der Lohnarbeit, namentlich für Baum-Stoffateure, schien damit gleichzeitig erreicht zu sein. Doch die Unternehmer vor dem Einigungsamt sich zur Einhaltung des Tariffs verpflichtet halten, glaubten sie dennoch jetzt, trotz der günstigen Tarifsonderfiktion, die Arbeitern durch Handelschuh hinzu zu können. Die Festsetzung der Lohnarbeit bei 8½ Stunden Arbeitzeit, besonders aber die Wiedereinführung der Lohnarbeit ist das Bestreben der Unternehmer, wie es in nachstehendem Schreiben zum Ausdruck gelangt:

Berlin, den 27. September 1900.

An die Mitglieder der Freien Vereinigung von Bildhauern und Bildgeschäften Berlin und Umgegend.

Infolge der vielen Unzufriedenheiten, welche sich seit der allgemein zwangsweise (III) eingeführten Lohnarbeit herausgestellt haben, hat unsere Vereinigung beschlossen, in allen Betrieben den früheren Zustand wieder herzustellen, d. h. diejenigen Arbeiten, welche im Tarif ausgeschlossen werden können, auch mit Lohnabrechnung zu berechnen. Die Lohnbewegungen der letzten Zeit mögen für alle anderen Berufswege berechtigt gehalten sein, für die Stoffateure aber hat diese auf aufgezeigte sogenannte Ausflüchtung der Arbeitsbedingungen nur hergeholt gebracht, daß unzählig mer und arbeitsunzufriedige (III) Arbeitnehmer

Böhne beziehen konnten, welche in gar keinem Verhältnis zur wirklich geleisteten Arbeit standen. Es wird deshalb laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18. September d. J. vom 1. Oktober 1900 ab die Auffordarbeit wieder eingeführt. Sollten bei Bekanntmachung und Einführung der Auffordarbeit Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben entstehen, bitten wir, unserem Vorsitzenden, Herrn Prof. Jüntersdorf, Wilmersdorf, Maffaustraße 63, allerleiartig schriftliche Mitteilung zugeben zu lassen.

Der Vorstand a. G., Prof. Jüntersdorf.

Die Wirkungen dieses Schriftstücks sind denn auch bald eingetreten, indem eine Anzahl Firmen ihre Arbeiter, welche nur Lohnarbeit verrichten wollten, einfand auszuspielen. Und dies alles, obwohl einer dieser Herren, der Stadtverordnete Klemm an man, in seiner vor dem Gewerbegeicht ansprudlich erklärte, "mit den Arbeitern stets in Frieden vorhanden zu wollen".

Am Dienstag, den 2. Oktober, beschäftigte sich eine von etwa 800 Stoffateuren besuchte Versammlung mit diesem neuem Vorstoß der Unternehmer. Die Versammlung kam einmütig zu folgendem Beschluss:

"Die Antwort auf den erfolgten Vorstoß der Unternehmer kann nur eine ethische Arbeitsbedeckung bei den betheiligten Firmen sein. Die Kollegen erbliden in dem Vorstoß der Unternehmer einen Schlag gegen die Organisation, sowie gegen ihre Ehre. Sie erkennt nicht vor wie in ihrer Organisation den Nutzen für Einführung und Aufrechterhaltung der Lohnarbeit. Der Vorstoß der Unternehmer erscheint den Arbeitern nur als ein Schlag dahingehend, die sie für schlechten Arbeit in Aufford und die für die Unternehmer günstigen in Lohn auszuüben zu lassen. Eine ausgleichende Gerechtigkeit kann aber nur in straffer Durchführung der Lohnarbeit, und zwar darin erkannt werden, daß die älteren und schwächeren Arbeiter den von den Berliner Stoffateuren geforderten Mindestlohn erhalten. Indem die Versammlung die Spur über die betreffenden Firmen erläutert, erwartet sie zugleich von sämtlichen Bauerngenossen aller Branchen, daß sie etwaigen "Arbeitswilligen" deren unsoldarisches Verhalten eindringlich vorführen. Alle Stoffateure versöhnen sich, die Arbeit erst dann wieder zu beginnen, wenn alle Unternehmer ihre Forderung der Auffordarbeit zurückgezogen und den vereinbarten Tarif von 1900 unterschrieben haben."

Auf den Vorstoß des Unternehmers ist unter den Berliner Kollegen eine gewaltsame Göttinge eingetreten. Nachdem im Frühjahr anfänglich eines Streitfalls der Unternehmer das Gewerbegeicht angerufen hatten, die Einigung auf der Grundlage: Einführung der Lohnarbeit bei täglicher 8 Stundenarbeit Arbeitszeit. Wohl selten ist von einer Unternehmerorganisation in solch freibarer Weise wie jetzt von den Berliner Stoffateurenunternehmern das vor dem Einigungsaum des Gewerbegeichts gegebenen Versprechen, sowie die vollzogene Unterschrift gehoben worden.

Sind Ihnen ausgewogene Kampfe erwartet die Stoffateure die moralische Unterstüzung der gesamten organisierten Bauarbeiter. Vor Altem sei darauf hingewiesen, daß von dem Vertrauensmann abgestempelte Arbeitsvertragssachen ausgetragen werden. Nur wo diese Karten vorgezeigt werden können, sind gerechte Arbeitsbedürfnisse. Die Stimmung unter den Ausgewerken ist eine vorzügliche. Der Erfolg ist sicher, wenn die Kontrolle gewissenhaft ausgeübt wird. Nein bewilligt resp. Ihre Forderung, Aufford zu arbeiten, zurückgezogen haben folgende Firmen: Schubert, Denner, Ulrich & Trommer. Ausgesetzt resp. ausständig sind die Kollegen der Firmen: Schirmer, Moissach & Brantl, Jüntersdorf, Wahl, Hoffmann, Jungermann, Drechsler, Dammrich & Co., Hünsla, Baumann, Schubert & Sammler, Pichler, M. Dröse.

Alle Stoffateure werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige Verhandlungen mit den Unternehmern nur in Arbeitsdurchsetzung mit der Lohnforderung zu erfolgen haben. Dem Bureau derselben, Seidestraße 13, bei Dohschmidt sind alle Mitteilungen über etwaige Vorabinformation sofort zu übermitteln.

* Aus der Schweiz. In dem Stand des Maurers und Handlangerlerners in Lausanne ist infolge einer Aenderung eingetreten, als zwei Unternehmer sich mit den Streitenden vereinbart haben. Es sind dadurch 168 Männer in Arbeit gekommen; etwa 400 befinden sich noch im Streit. Die verbindlichen Bedingungen sind folgende: 1. Mindestlohn für Kellner 30 Rp. = 24 (bisher 28 Rp.), für Gedächtnis und Handlanger 40 Rp. (bisher 35), für Maurer 50 Rp. (bisher 45). 2. Nebenstunden bis Mitternacht werden mit 50 p. St. Buchtag, Nacharbeit vor der zehnten Arbeitsstunde an und Reinigungsarbeiten mit 100 p. St. Buchtag bezahlt. 3. Der Abzug für Unfallversicherung darf 1 p. St. des Gehalts nicht überschreiten. 4. Die Unternehmer verpflichten sich, schwärzliche Zwischenmeister anzustellen, soweit dies möglich ist. (Warum sollte das nicht immer möglich sein?) 5. Städtearbeit ist abgeschafft. 6. Die Entlöhnung soll alle 14 Tage während der letzten Arbeitsstunde, und zwar am Freitag, stattfinden. Maßregelungen wegen Theilnahme am Streit oder an der Organisation dürfen nicht stattfinden. Auch ist es den Unternehmern und Zwischenmeistern verboten, die von ihnen beschäftigten Gesellen und Arbeiter in Rost und Logis zu nehmen. Die Unternehmer, mit denen die Vereinbarung zu Stande gekommen ist, heißen Eichenberger und Martinelli. In den letzten Tagen hat übrigens der Laufmann Gemeindebaudienst allen Unternehmern und Streitenden wissen lassen, daß der Gemeindebaudienst nicht als "höhere Gewalt" betrachtet und daß die städtischen Arbeiten sofort weitergeführt werden müssten, wobei ebenfalls das Pflichtenheft (konventionelles) zur Anwendung kommt. Vorläufig in Zugung von Maurern und Bauarbeiten nach wie vor fern zu halten. — In Luzern ist fürstlich ein schweizerischer Baumärkterband gegründet worden. Der Vorstand will denselben zweit verfolgen, wie unter so wohl bekannte Arbeitgeberbund für das Bauwesen. Vielleicht bemerkst du das Gute, daß sich unsere schweizerischen Berufsgenossen auch etwas mehr als bisher regen. Denn mit der Organisation unserer Kollegen in der Schweiz steht es wirklich noch recht traurig aus.

Aus unserer Bewegung.

Bestellungen auf die Nr. 21 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 15. Oktober, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstags früh gebraucht wird.

Alle Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richte man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Marktstr. 15, 2. Et.

Wie sich in dem Kopfe eines bligerischen Philisters die Arbeitersbewegung malt, geht aus folgendem Sammelforum her vor, das der „Neuen West. Volkszeit.“ aus Minden eingefandene wurde:

Wie die Nachbarschaft, so hatten auch wir im vorigen Jahre einen Maurerstreit. Als unparteiische Beobachter dentl. man ungefähr darüber wie folgt: 1. Erforderte die Notlage der Arbeiter, den Streit? 2. Kann der Arbeitgeber höhere Löhne bewilligen? 3. Wollt eigentlich durch den Streit das betreffende und werden andere Handwerke geschädigt? Antwort zu 1. In großen Städten müssen höhere Löhne bezahlt werden, als in kleinen Städten, weil dort der Lebensunterhalt teurer ist. In den kleinen Städten sind zwar die Löhne niedriger, die Arbeiter stehen sich aber trotzdem um 25—50 p. St. besser, als in den großen Städten, warum? Die Arbeiter in den kleinen Städten haben fast durchweg Eigentum und Land, und wenn nicht besonders Missstände im Haushalte vorkommen, so verdient allein die Frau zu alter bürgerlichen Bedingungen übernommen und soll nun gleich höhere Löhne bezahlen, und meistens einen Prozentsatz, den er selbst nicht dabei verdient. Will der Baumeister nur auch keine höheren Preise dem Baumeister benötigen, so ist der Streit perfekt und der Bau bleibt liegen. Antwort zu 2. Das durchweg Streit auch sämtliche Bauhandwerker, wie Zimmerleute, Tischler, Glaser, Klempner, Maler, Schlosser, die Ziegeler etc. geschädigt werden, ist doch klar, man hat deshalb solche Streite jetzt auf das sozialistische verheißen. Sämtliche Witze und Sozialisten haben sich vereinigt, zu verarbeiten, die ganze Geschäftslage schädigende Sozialistenversammlungen keine Räumlichkeiten mehr herzugeben. Bei den derzeitigen Streitverhandlungen hätten die hiesigen Maurer gern das ihnen von selten eingeschickten Meister gebotene Angebot angenommen, dieses Gebot war denselben aber vom sogenannten Mäzen vorbehalten, was die hiesigen Maurer leider zu spät erfahren hatten. Das hat aber, wie wir wissen, auch Mohle Alter, den Erfolg gehabt, daß hinsichtlich kein hiesiger Maurer, Zimmermann und sonstiger Bauhandwerker auf die alten schädigende sozialdemokratische Agitation hereinfallen wird."

Hierzu schreibt man uns aus Minden: „Der Sträßler hat sich da drei Fragen zugeschlagen und seinem eigenen maderischen Geiste entsprechend geantwortet. Es scheint ein evangelischer Pastor zu sein, der die Arbeitersbewegung durch eine rechte trübe Brille und aus sehr weiter Entfernung beobachtet, aber von den eigentlich treibenden Kräften keinen Deut begreift hat. — Als vor 12 Jahren die Mindener Maurer 48 Tagelohn forderten (es wurden bis zu A. 20 bei 10-stündiger Arbeitszeit gezahlt), so waren es auch die Minder, die Zeiter und Wörthiorten fortan über mehrere Freizeit, Unbotmäßigkeit und unerschuldbare Forderungen der Aufseher, denen der Kaufhaus gegeben werden müsse. Auch damals hielt es, daß alle Geschäfte, ja alle Minenmänner unter dem Vorzeichen der Maurer leben müssten. Einen „Fortschritt“ haben wir freilich gegen damals zu verzeichnen. Die Mehrzahl der Mindener Zeitungen nehmen solche Abschreie des Mindener Heute nicht mehr auf. Wohl aber aus besserer Gewissheit, sondern sie sind klug genug, ihren Arbeitgeberponenten, die sie leider noch in großer Zahl haben, nicht allzu arg vor den Kopf zu stoßen. Aber auch die „Kronen“ „Neue West. Volkszeit.“ wiedernoch in Arbeitersfamilien gelesen. Viele Arbeiter sind es ja nicht mehr, die das Mäderblatt durch Abonnement unterstützen, aber es darf eben gar keiner mehr sein. Gegenüber der vorhergehenden reproduktiven Erbbarkeit ist es Pflicht jedes Arbeiters, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß das Mäderblatt als Arbeitertreffer vollständig verschwindet. Es gehört doch eine ehrliche Sicht dazu, vom Arbeiter zu fordern, er sollte sich mit einem Lohn begnügen, der für die Erhaltung seiner Familie nicht ausreicht, so daß die Frau noch milbenreicher jetzt unterrichtet waren. Am 5. Dezember wurde ihnen die Forderung offiziell zugestellt und im Februar 1899 wurden sie an die Forderung erinnert. Im April kam es nach vieler Mühe an einer Unterhandlung auf dem Rathausplatz, und die Maurer ermaßen ihre Forderung um die Hälfte, nur um eine Einigung zu erzielen. Alles umsonst! Die Herren Baumeister wollten nichts bewilligen. Daß sie aber mit den erhöhten Preisen der Übernahme von Arbeiten schon zu Beginn des Jahres gerechnet haben, kann ohne Weiteres nachgewiesen werden. Sie haben ja auch beschlossen und durchgeführt, den „Arbeitswilligen“ von vorneherein den geforderten Lohn und noch mehr zu bewilligen, nur nicht den Streitenden. Glatz erlogen ist es selbstverständlich, daß den Streitenden Überbelastungen der Baumeisternelemente seitens der Streitfertigung verhindernt worden sind. — Wahrs ist es leider, daß die Witze und Saalbester sich bereitgestellt haben, den Arbeitern Versammlungen unmöglich zu machen. Diese „Einfälle“ der Witze wird aber sofort in die Praxis geben, wenn die Mindener Arbeiterschaft sich auch nur für kurze Zeit aufraffen möchte, den Witzen das Blatt außer zu lassen. Das Mäderblatt soll sich aber nicht darauf beriefen, daß die für seine Geiste ausdrückenden idyllischen Zustände von langer Dauer sind. Die „Alles schädigende sozialdemokratische Agitation“ isoliert und zwar momentan in Minden, sie wird aber wieder einzkehren, und zwar mit elementarer Gewalt. Und die Maurer werden diese Agitation fördern wie nie zuvor.“

Zusnahmen unmöglich gemacht. Die führenden Kollegen wurden gehörig regt und mußten sich auswärts Arbeit suchen. Trotzdem haben sich aber doch die Unternehmer geswingen gefühlt, die Arbeitszeit um eine Stunde (auf elf Stunden täglich) zu verkürzen und den Stundenlohn entsprechend zu erhöhen. Nun ist die Organisation plötzlich in's Banken gekommen, und zwar durch eine Fahne. Der Verein hatte sich eine Fahne angefertigt, ein Pastor mußte die Fahne weihen. Die Mehrzahl der Kollegen mag in etwas rührseliger Stimmung gewesen sein, genug, der Plan stand Anfang. Brieftaschen Segen, Militärmusik und Ball sollten der Fahne die rechte Weihe geben. Dies ging aber nicht ganz so glatt ab, denn die Maurer standen ja im Gerüche sozialdemokratischen zu sein. Wahrscheinlich sind die Allensteiner Maurer ganz unschuldig an der Sozialdemokratie, aber sie gehörten doch dem Verbund an, sie wollten ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern; Polizei und Unternehmer hatten die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht — Grund genug für den Pastor, daß er seine Mitwirkung ablehnte. Dieser Schmerz hielten die Maurer wohl noch erträglich. Aber auch der Direktor der Militärmusik und der Gastwirt wußten die hiesigeusage zu erklären, und unter der Wucht dieses Missgeschicks kündeten die Allensteiner Maurer zusammen. Der Neubauantrag der Baumschule entsloß sich verzerrand, öffentlich zu erklären: die Baumschule des Maurerverbandes habe sich aufgelöst, unbekanntlich ließ man wohl durchschauen, die Maurer würden sich beim christlichen Verbund anfüllen. Damit waren Konzert und Ball gereicht. Auf die priesterliche Weihe der Fahne mußte trocken vorläufig verzichtet werden. Die Auflösung der Verbandszunft ist demnach wirklich erfolgt und die Allensteiner Maurer sind — ob mit steigender Fahne? haben wir nicht erfahren — zu den „christlichen“ übergegangen. Wir nehmen diesen Vorgang nicht tragisch, obwohl er uns auch nicht ganz gleichgültig ist. Die Allensteiner Kollegen hatten viele Ursache mutlos zu sein, weil ihnen jede Unternehmung erschwert, ja fast unmöglich gemacht worden ist. Ahnen ist mehr Freiheit in der Bewegung, weniger Verdeckung durch die Polizei in Aussicht gestellt worden, wenn sie dem Centralverband beitreten und sich dem „christlichen“ Verbund anfüllten würden; und da haben sie eben auf den dormentolosigen Weg verzichtet und äußerlich sich den Pfosten an den Hals geworfen. Großen Gewinn haben die „christlichen“ nicht erzielt. Die Allensteiner Maurer sind leider noch weit entfernt von der Sozialdemokratie, aber Christen im wahren Sinne des Wortes sind sie noch viel weniger. Und daß für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der „christliche“ Verbund auch nicht im Entfernen nobis leisten kann, als der Centralverband, dies dürften die Allensteiner Maurer am eigenen Leibe recht bald gewahr werden.

* * *

Die Baumschule Adlershof steht am 16. September (der Bericht ist erst am 6. Oktober geschrieben und am 8. Oktober in unsere Hände gelangt). Die Red. eine selber recht schwach besuchte Mitgliederversammlung ab. Von circa 90 Mitgliedern sind durchaus 10 in der Versammlung. Den meisten Mitgliedern beliebt es, ihre Witze anderen Kollegen mitzugeben, aber sie sitzen ihre Kinder. Die Baumschule wird nächstens den Abschluß fassen müssen, daß von Kindern kein Ankommen angenommen wird. — In der Versammlung wurde die Auffordung einer streiken Streit unterzogen. Anlass hierzu gab die Thatsache, daß einige Kollegen im Alford fingen. Derselben wurde anhänger gegeben, den Alford aufzuhören, oder den Abschluß zu gewähren. Derselben wurde auf Antrag des Kollegen Bulow, die „Geschäfte der deutschen Maurerbewegung“ und die Broschüre über die Augsburger Prozesse anzusehen. Nach Erledigung einer Unterstützungsangelegenheit und der Aufforderung an die Mitglieder, die Versammlungen besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen. — Die nächste Versammlung findet am 21. Oktober statt.

In Blankenburg am Harz sprach in einer Maurerversammlung am 26. September Fritz Lüder-Berlin über: „Die Neutralität der Gewerkschaften. Nicht als Lokal, sondern als Sozialist wolle er das Thema behandeln, wie Neders zu Anfang des Vortages ausführte. Nach einer historischen Darstellung, der Gründung der deutschen Gewerkschaften ging er zur Behandlung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien Gewerkschaften ist die Abschaffung des aktuellen Stoffes über. Die Urfahrt der Aufführung dieses Themas ist nach ihm die am 1. Januar erfolgte Auflösung des Verbindungsbunds für politische Vereine und das Anwachsen der „christlichen“ und ähnlicher Gewerkschaften. Hauptfaktor der leichten Umwandlung bei den Kaufmännern der freien

Berührung anrichten, aber keine dauernden Erfolge zeitigen. Keiner habe mit lobenswerther Sachlichkeit gesprochen; es ginge doch so auch besser, als mit den früheren Schimpfereien. Die öffentliche Diskussion habe nun gezeigt, daß der Standpunkt des Maurerverbandes und der Vertrauensmänner-Zentralisation in der Hauptstädte der Gleiche sei, warum nun noch fernherhin die Trennung? Welche prinzipiellen Bedenken hielten die lokalspezifischen Männer noch ab, dem Verbande beizutreten und die Einigkeit der Maurer Deutschlands zu einer vollständigen zu machen? Die noch weiter geführte Diskussion müßte der Polizeistunde wegen leider geschlossen werden, so daß sie nicht wieder zu Worte kam.

Die am 30. September im „Bollhof“ stattgefundene Versammlung der Bahnhofsstelle Breslau beschäftigte sich vornehmlich mit der Generalversammlung des Unternehmerverbands. Kollege Möller sah in der Hand des Berichtes im „Grundstein“ eine scharfe Kritik an den Verhandlungen unserer „Arbeitgeber“ in Dresden. Besonders interessant für die Breslauer Männer sind ja die Ausführungen ihres Rathsmaurermeisters Simon. Die Breslauer Kollegen können nicht umhin, an frühere Zeiten zurückzudenken, als Herr Simon's Handlungweise noch garnicht in Entlang zu bringen war mit seiner Reib auf der diesjährigen Generalversammlung. Das Votum der „verbliebenen“ Führer der Breslauer Männer aus dem Munde des Herrn Simon wurde von Kollegen Möller zurückgewiesen. Auch früher sei eine verständige Führung bei den Mauern gewesen, die Meister waren aber desto unverträglich. Herr Simon sei auch wohl nur bedauert zu haben, weil die Breslauer Männer in diesem Jahre so überaus heilsam waren, obwohl aus der günstigen Baufonduktur höhere Forderungen realisierbar gewesen seien. Zum Schluß erinnerte Möller die Kollegen daran, was im Streitfall des Unternehmens verhandelt und beslossen worden sei, wobei im Gedächtnis zu behalten und die notwendigen Lebzeiten daraus zu ziehen. Unter allen Umständen müßten die Breslauer Kollegen daraus den Ansporn finden, für weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbundes in ganz Schlesien Sorge zu tragen. — Hierauf erstattete Kollege Jänsch einen Bericht von der Streitkommission. Sein Kollege, der der sogen. Kreisjährling angehört, muß beim Todesfall eines ebensozialen Mitgliedes 10 ₔ zahlen. Diese Bestimmungen wurden seitens der Versammlung genehmigt. Beschllossen wurde, für jede Versammlung zwei Wahlkontrolleure zu bestimmen, die jedem Mitgliede der Versammlungsbasis durch Kontrollstempel zu bezeichnen haben. Gelingt, wurde, daß eine größere Anzahl von Kollegen mit den Zahlungen zum Streitfonds im Rückstand seien. Die Baudeputierten sollen strengere Kontrolle ausüben, aber auch selbst angehalten werden, die Sitzungen fleißiger zu besuchen.

Aus Bünzlau kommt folgender Klageruf: Unsere letzte Mitgliederversammlung war, wie gewöhnlich, wieder schlecht besucht, es waren wieder die alten Bekannten, die immer da sind. Wenn bei uns einmal 80 Kollegen versammelt sind, dann sind es schon viele; dabei zählt die Bahnhofsstelle circa 160 Mitglieder. Die Arbeit, welche doch eine jede Organisation mit sich bringt, bleibt eben diesen wenigen Kollegen überlassen. Fällt sie dann nicht so aus, was ja kein Wunder ist, dann werden die Kollegen, die sich der Sache ernstlich annnehmen, zum Dank dasst mit Tadel und anderen Redensarten überhäuft. Die Stafette, welche im August über Lohn und Arbeitsbedingungen ausgetragen wurde, zeigte ein sehr trauriges Resultat: nämlich daß der Stundenlohn schwankt zwischen 20 und 26 ₔ. Über wie es scheint, wollen die Kollegen auch das ruhig annehmen, denn bis jetzt ist noch keine Stimmung laut geworden, die ebensozialen Klassensöhnen abzuholzen. Werliche Kollegen, wenn es aber wirklich gelingen soll, dann erwartet endlich und traurig nicht weiter wie bisher, sonst wird es anstatt besser schlechter. Kollegen! Vor allen Dingen muß die große Interessellosigkeit aufhören. Ein jeder muß dafür eintreten, daß der Mindestlohn ganz bedeutend erhöht wird. Aber wie ist es möglich, wenn die Mehrzahl der Kollegen sich um nichts kümmert, in keine Versammlung geht. Wie sollen dann die Differenzen, die dem Verbande noch fern stehen, aufgelöst und der Organisation zugeführt werden. Das muß anders werden, Kollegen. Helft den in der Organisationsarbeit allgeworbenen Kollegen im Aussätzungsdiensst. Siegt auch dem alten, in der Arbeit schwächer geworbenen Kollegen auf dem Bau zur Seite. Er hat seine besten Kräfte dem Unternehmer gegeben, und wird nun in den meisten Fällen gleich einer ausgesuchten Zitrone bei Seite geworfen. Kollegen, tretet dafür ein, daß auch diese alten Kollegen nicht Hungers sterben. Seid wir einmal als, und wenn der Meister nicht mehr genug von uns einheimse kann, so bekommen die Meister den Dank in der Gestalt eines Fußfrittes. Kollegen, glaubt ja nicht, Eure Pflicht sei schon erfüllt, wenn Ihr Eure Beiträge pünktlich bezahlt. Nein! Die Versammlungen besuchen, den „Grundstein“, lejen und auf dem Bau oder an welchen Orten es immer sei, fleißig für den Verband zu wirken, die kleinen inneren Fehler zu lösen und zu helfen, jeden Nebelstand zu befechten — das muß jeder Kollege sich zur Pflicht machen, denn nur Vorwärts ist unsere Parole. Kollegen, lasst diesen Mahnruf nicht ungehört an Euch vorüber gehen, denn den Schabern hat Ihr selbst Sorg dafür, daß ein jeder Kollege die nächste Versammlung besucht und alle Nebestände abgeschafft werden.

Am 28. September fand in Culinsee die erste Mitgliederversammlung statt. Obgleich die Bahnhofsstelle schon eine gewisse Zeit besteht und sogar schon einen siegreichen Streik hinter sich hat, war es bisher nicht möglich gewesen, die Mitglieder zu einer Versammlung zusammen zu berufen, weil die Totalitätsräte sich, beeinflußt durch die Polizei, weigerten, ihre Votab zu übergeben. Jetzt ist der Widerstand endlich gebrochen, die Polizei scheint den Kampf aufzugeben zu haben. Als Redner trat Blasiusnitsch auf. Der selbe sprach in Gegenwart des Stadtbaumeisters über den Werth der Versammlungen und den Ausbau des Verbandes. Die Versammlung, welche den Ausführungen des Redners mit sichtlichem Interesse folgte, endete nach 1½ stündiger Dauer mit einem Hoch auf das Gebeten des Verbandes.

In Dortmund fand am 29. September eine Maurerversammlung statt, die zu dem Besuch kam, den Streit bis zum nächsten Frühjahr zu verlagen, da die Streitenden zu der Übergabe gekommen sind, daß in diesem Jahre nicht mehr zu erreichen war. In vorheriger Versammlung wurde der Gesellschafter beauftragt, weiter mit der Innung zu verhandeln; zu diesem Zwecke wurden auf speziellen Wunsch der Innungsmaster die Forderungen in folgender Weise formuliert:

1. Von Aufnahme der Arbeit bis Ende dieses Jahres Durchschnittsgehältnis von 47 ₔ.

2. Von 1. Januar bis zum 31. März 1901 beigleichen von 48 ₔ.

3. Von 1. April 1901 bis auf Weiteres Stundenlohn von durchschnittlich 50 ₔ und zehntägige Arbeitszeit.

Hierauf folgendes Votabel zu:

„Auf Grund Ihres Schreibens vom 25. d. M., in welchem Sie die neu formulierten Forderungen der streitenden bischen Männer mittheilen, hat gestern Abend eine ordentliche Versammlung der Innungsmitglieder stattgefunden.“

Nach eingehender Beratung lehnte die Versammlung fast einstimmig Ihre Forderungen für dieses Jahr ab, war aber der Meinung, für das nächste Jahr seinerlei bindende Versprechungen machen zu können.

Den Arbeitgebern ist es bei den eingegangenen Verpflichtungen absolut unmöglich, für dieses Jahr höhere Löhne zahlen zu können.“

Gründe:

1. Bauouernd ungünstige, rücksichtige Konjunktur, deren Verlauf vorläufig noch gar nicht abzusehen ist.

2. Außerordentliche Anaphtheit des Geldes, weshalb die Bauhätigkeit im laufenden Jahre um etwa 25 vpt. gegen das Vorjahr zurückgegangen ist und sehr wahrscheinlich im kommenden Jahre noch weiter zurückgehen wird.

3. Werden an keinen Platz des ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirks höhere Löhne als hier in Dortmund gezahlt und müßten die hiesigen Gefährte mit den Unternehmern dort außerhalb konkurrenzfähig bleiben.

Eine weitere Beratung der Innungsvorstandes mit dem Gesellenausschuß wurde seitens der Innungsvorstandes nicht gewünscht. Sie wollen gefaßt die Mitglieder des Gesellenausschusses von Vorstehendem in Kenntnis seien.

Ergebnst:

Hermann Ruhfus,

Vorsitzender der Männer, Steinhauser, Immuniter- u. Stoffateur-

Innung des Stadtkreises Dortmund.

Es wird sich im nächsten Frühjahr schon zeigen, ob es die Herren wieder zum Streit kommen lassen werden. Diesen Winter wird hier eine regelmäßige Abstimmung entstehen, damit wir im nächsten Frühjahr bei erster Gelegenheit mit vereinten Kräften wieder loszuschlagen können.

Die Bahnhofsstelle Graustadt hielt am 8. Oktober ihre zweite, gut besuchte Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Berndt in Nieder-Brüschen ab. Von 90 Mitgliedern welche der Bahnhofsstelle angehörten, waren 75 anwesend. Buntstift sprach der Bevollmächtigte Paul Heinrich über den Zweck des Verbandes und forderte zum Schluß auf, daß ein jeder Kollege soll und darf den Verband beitreten möge. Weil Kollege Paul Pfleider das Amt des Kassierers nicht weiterführen wollte, wurde Kollege Joseph Kugel aus Brausfeld, Gartenstr. 8, gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde über das Stiftungsfest gesprochen und beschlossen, daß am 21. Oktober ein Stiftungsfest gefeiert werden soll, und zwar im Lokal des Herrn Berndt in Nieder-Brüschen. Dann wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das Blümchen und Geschenke des Verbandes geschlossen.

In Greifswald fand am 26. September eine öffentliche Maurerversammlung statt, die sich in erster Linie mit der Lohnfrage beschäftigte. Zur Zeit beträgt der Stundenlohn 85 ₔ bei 10stündig Arbeitszeit im Sommer. Die Versammlung kam nun zu dem Besluß, vom 1. April 1901 ab 40 ₔ Stundenlohn und zehntägige Arbeitszeit zu verlangen. Der Unternehmer soll noch in diesem Herbst von der Forderung Kenntnis gegeben werden. In die Lohnkommission wurden gewählt die Kollegen Bloch, Bohmer und Rupp. Kollege Wulf-Straßburg hielt dann noch eine kurze Ansprache über den guten Zweck des Verbandes und forderte die Anwesenden auf, unentwegt für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu wirken. Der Kassierer unserer Bahnhofsstelle schloß sich dieser Aufrufserinnerung an und mit einem Hoch auf die Einigkeit der Maurer Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bahnhofsstelle Hamburg hielt am 17. September eine Extra-Mitgliederversammlung in der „Festungshalle“ ab. Der Bevollmächtigte berichtet über die Arbeitszeitstellung, bei dem Unternehmer Kinder an der Lombardsbrücke. 88 Kollegen haben am 15. September die Arbeit dort eingestellt, weil die Beobachtung schon länger Zeit nicht mehr zu ertragen gewesen sei; ferner seien dort Männer beschäftigt gewesen, die es sich zur Pflicht gemacht haben, wo die Gelegenheit geboten ist, die Interessen der Maurer Hamburgs zu verteidigen. Es sind dies Mitglieder vom Club „Humanität“ und Altonaermauer. Die Kollegen Krohne, Howind, Niemes, Petri und Weber schließen ausführlich die Zustände und die Beobachtung an der Arbeitsstätte. Entschieden verurtheilt wird das Auftreten des Herrn Kindler an dem betreffenden Morgen, wo die Differenzen offen herorten. Ein recht herrischer und böhmischer Weise sei die Kommission behandelt worden, die bestimmt war, Unterhandlungen einzubringen. Nachdem die Kollegen dann ihren Lohn erhalten hatten, wurden sofort Schläge requiriert, um die Arbeiter von der Arbeitsstätte zu jagen. Hierbei wurde so rigoros verfahren, daß den Arbeitern nicht einmal Zeit blieb, das Gehirn ordnungsmäßig einzupaden zu können. Wie gewöhnlich von allen Staatsbeamten, hatten auch an der Lombardsbrücke die Kollegen unter andererlei Chancen zu leben. Arbeiten sollten gemacht werden, die sich in der Praxis einfach nicht ausführen ließen. Hieran sei Schulz die mangelige Haftschaffung der Münzen. Es wurde sogar berichtet, daß an einem Staatssatz ein Gießner mit dem Aufsichtsamt von der Baubehörde bekannt sei. Es ist dies ein Misthund, der entschieden gerügt werden muß. Die Männer werden dadurch in eine recht schief Lage gebracht; sie können es weder dem Unternehmer, noch dem Aufsichtsamt redigieren. Die meisten Redner treten für die Beobachtung der Sperrre ein, außer den schon genannten noch Hinssen, Henke und Stolt. Hüttmann sprach gegen die Sperrre und Bismarck wünschte, daß in Zukunft etwas vorzüglicher verfahren werde. Beschllossen wurde, nochmals zu versuchen, eine Unterhandlung mit Kindler anzubuchen. Sollte dieselbe nutzlos sein, so ist die Verwaltung ermächtigt, die Sperrre zu verhängen. Kollege Haase berichtete hierauf, er sei bei dem Unternehmer Führung am St. Pauli Markt mit noch vier Kollegen geangekreuzt worden. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit Lüdinghausen Sprache über die Angelegenheit zu nehmen. Kollege Freitag bringt in Erinnerung, daß der von ihm in einer früheren Mitgliederversammlung angelegte Brief in Wirklichkeit vorhanden sei, derselbe befindet sich im Besitz eines Kollegen der hiesigen Bahnhofsstelle und sei voll und ganz glaubwürdig. Man müsse bestimmt annehmen, daß der Kollege Schwarz in Neu-

brandenburg die Neuierung gemacht habe. Bismarck nimmt Schwarz in Schuß. Schwarz habe ihm (dem Redner) gegenüber die Neuierung bekräftigt. Sobald der Brief herbeigebracht sei, würde die Angelegenheit unterlegt werden. Kollege H. Moor brachte noch die Arbeitseinstellung bei dem Unternehmen Heilmann (Altona) zur Sprache. Darnach soll der Kollege, der die Arbeitseinstellung verursachte, von dem Obermeister der Innung, Herrn Bummert, als „notorischer Skater“ bezeichnet worden sein. Redner erklärt diese Neuierung Bummert für eine große Verleumdung. Moor gab noch bekannt, daß deswegen schon der Klagesweg gegen Bummert beschritten sei.

Die Bahnhofsstelle Königsberg i. Pr. hielt am 2. Oktober eine Mitgliederversammlung ab. Genoss Oberländer referierte über die Gewerkschaftsbewegung und wußte den Anwesenden in feststeller Weise den Zweck und Nutzen des Organisations auszudenken. Er verabsäumte auch nicht, den Kollegen recht eindringlich an's Herz zu legen, daß jeder sein ganzes ſich einzulegen müsse, um die Organisation vorwärts zu bringen, damit sie auch in Königsberg und weiter hinaus, im Ostpreußen eine Macht werde, die Lohn und Arbeitsbedingungen ganz bedeutend aufzuheben. — Darauf wurde die Quartalsabrechnung verlesen und von der Versammlung als richtig anerkannt. Beslossen wurde, am 18. Oktober ein Familientest im Verbandslokal, Stettinerstraße 29, bei Herrn Albrecht, abzuhalten. Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

In Leipzig tagte am 25. September im „Pantheon“ eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: 1. Weltpolitik und Mausbau. 2. Zur Geschichte der deutschen Maurerbewegung. 3. Innere Berufsangelegenheiten. — Wegen der politischen Tendenz des Vortrages wurde die mindestens 1000er Versammlungslauder aufgefordert, während des Vortrages den Saal zu verlassen. Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Herr Manfred Wittich übernommen. Der Vortragende erfüllte die ihm gestellte Aufgabe zur Zufriedenheit der Versammlung. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung machte Kollege Jacob auf die im Auftrage des Verbandsrates vom Vorstand des deutschen Maurerverbands herausgegebene Broschüre aufmerksam und empfahl den Kollegen die Anschaffung derselben. Zu diesem Zweck trat eine Pause von 15 Minuten ein. Zum dritten Punkt gab Kollege Jacob bekannt, daß auf das von ihm im Auftrage der letzten Maurerversammlung an Herrn Maurermeister Enke gerichtete Schreiben Antwort eingegangen ist. Darin wird bestimmt, daß seitens der italienischen Maurer die neunstündige Arbeitszeit überwunden wurde; von jenen italienischen Maurern habe vor und nach der Arbeitszeit ein Theil die Eisen gehibt, während der andere Theil Steine zuarbeitet; dies sei eigentlich keine „Maurerarbeit“ zu nennen. Die Versammlung ist jedoch anderer Meinung. — Bei dem Bauunternehmer Grunert in Kleinmöhrden haben in den vorigen Woche die Maurer Heil und Wend Uebertunden gearbeitet. Zu ihrer Rechtfertigung waren beide zur Versammlung geladen, aber nicht erschienen. Nach der Schilderung dieser Sachlage erfolgte der Abschluß aus der Organisation beobachtet. Ferner trat Kollege Jacob den umlaufenden Geschichten entgegen, wonach circa 800 Maurer zur Zeit in Leipzig arbeitslos seien. Es seien immer noch circa 4000 Maurer zur Zeit in Leipzig beschäftigt, das beweise der Umfang, daß immer noch 800 Stück Streitmarken absonderlich verkauft wurden und sich mindestens 400 Maurer von der Beitragszahlung trennen. Von den angeblichen 800 arbeitslosen Kollegen seien in den letzten Wochen sechs gekommen, um die Wohnerubriken in ihrer Streitfondskarte abstimmen zu lassen. Die Abstempelung der Wohnerubriken müßt unbedingt während der arbeitslosen Zeit stattfinden, weil später Niemand mehr in der Lage sei, die Arbeitslosigkeit kontrollieren zu können. Redner erwähnte die Kollegen, stets treu und sehr zur Organisation zu stehen in guten und schlechten Zeiten, denn gerade in der schlechten Zeit werde die Organisation das Mittelcret des Krebses sein.

In der Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Magdeburg am 25. September referierte Genosse Röns aus Dessau über „Entstehung der Welt“. Referent hielt bietend lehrreichen Vortrag in sehr verständlicher Weise und empfahl am Schluß seines Vortrages die Anschaffung des Werkes „Wolfsabteilung und Weltuntergang“, von Oswald Köhler. Dann gab das Festkomitee die Abrechnung vom letzten Herbst der Versammlung bekannt, wonach sich ein Defizit von M. 11,85 ergab. Hierauf erklärte Kollege Schöch die Anwesenden, sämtliche Fragen betreffs der statlichen Erhebungen präziser zu bearbeiten und rißte die Nachlässigkeit verschiedener Mitglieder in scharfer Weise. Altmann brachte Schöch einen Brief der Bahnhofsstelle Halberstadt zur Verlehung, in welchem zwei Mitglieder der Bahnhofsstelle Magdeburg beschuldigt werden, entgegen dem Halberstädter Tarif Uebertunden gemacht zu haben. Die Halberstädter bestritten dies deshalb den Auslösen der betreffenden Kollegen. In der Diskussion wurde von den Beschuldigten gegen die Anlage entschieden Verwahrung eingestellt und der Versammlung ein Schriftstück vorgelegt, auf welchem neun Personen, welche auf dem Bau beschäftigt waren, laut Unterschrift bestätigten, daß diese Beschuldigungen auf Unnachtheit beruhen. Die Beschuldigten bedauerten sehr, daß doch die Versammlung in Halberstadt am 4. September stattgefunden hat und die Beschuldigten noch eine ganze Woche dort gearbeitet haben, daß es trotzdem die Halberstädter Verwaltung unterlassen hat, diese Angelegenheit von unparteiischen Kollegen untersuchen zu lassen, vielmehr erst 20 Tage später, nachdem die Magdeburger je einen Artikel in der „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“ und im „Grundstein“ veröffentlicht haben, um ihre angegriffene Ehre zu schützen, diezeitlichen Brief an die Verwaltung der Bahnhofsstelle Magdeburg richtete. Da nun das bisherige Verhalten der beiden Beschuldigten den Interessen des Verbandes gegenüber ein tadelloses war, so beschloß die Versammlung einstimmig, das Anliegen der Bahnhofsstelle Halberstadt abzulehnen. Nachdem noch eine Auseinandersetzung zwischen zwei Kollegen über die Thätigkeit der Bauarbeiterkostümkommission stattgefunden hatte und der Bevollmächtigte die Täglichkeit der Versammlung gegen die Täglichkeit der Bauarbeiterkostümkommission statthaft gemacht hatte, wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung ein Referat über „Bauarbeiterkostüm“ halten zu lassen. Kollege Schöch wurde als Mitglied der Bauarbeiterkostümkommission gewählt.

Von Halberstadt wird uns zu vorliegendem behandelten Streitfrage noch geschrieben: Bezugnahmehilf auf die Ausführungen der beiden Kollegen Göthe und Kellner-Magdeburg im „Grundstein“ Nr. 29, geben wie folgende Erklärung ab: Die beiden Kollegen beziehen sich mit der Unwahrheit unserer Angaben. Dieses wollen wir hiermit auf das Entschiedenste zurücksetzen. Wir haben nicht behauptet, daß sie im Altona gearbeitet haben.

Ferner ist aber tatsächlich durch mehrere Beugen erwiesen, daß die Nebenstunden gearbeitet haben verschiedene Male. Sämtliche Kollegen keine Sache gehabt, so wären sie unserer Einladung gefolgt, erstens zur Vorstandssitzung, zweitens zur Versammlung, wo sie aber leider durch Unvorsichtigkeit glänzten. Auch liegt es uns fern, Unvorsichtigkeit in die Reihen der Kollegen zu bringen, sondern indem wir solchen Vorstandsmännern stark entgegentreten, wollen wir in unserer Zahlstelle solche Zustände aus dem Welt schaffen. Mögen nur die beiden Kollegen besser bestrebt sein, für die Interessen unseres Verbandes einzutreten.

J. A.: Fr. H. G., Schriftführer.
Am 2. Oktober hielt die Zahlstelle Marienburg eine Mitgliederversammlung ab, die leider nicht sehr zahlreich besucht war, obwohl die Kollegen durch Flugblatt vor der Versammlung Kenntnis gegeben war. Kollege Nitschke hielt einen Vortrag über den Zweck und Nutzen des Verbandes. Nebenher schuberte zunächst die Lebenshaltung der Maurer und was weiter darauf hin, daß sie sehr verbesserungsbedürftig sei, das dies aber nur mittelbar der Organisation geschehen könne. Allerdings sei es nochswichtig, daß die Organisation groß und stark sei und daß die Mitglieder wirklich aufgeweckt seien über die Mittel und Wege, die in Anwendung gebracht werden können und daß nicht zuletzt auch jeder Kollege den ersten Willen habe, mitzuhelfen, um bessere Zustände zu erkämpfen. Ohne Kampf, denn die Arbeitnehmer gegen den Kapitalismus in jeglicher Gestalt führen müsse, gebe es keine Verbesserung. — In die Verwaltung wurden Kollege Nitschke als erster und Kollege Frieder Schulz als zweiter Deputierter gewählt, weil der bisherige Bevollmächtigte seit längerer Zeit krank ist, und sein Stellvertreter sich wenig um die Geschäfte kümmerte.

Am 23. September fand in Mettmann im Lokale des Herrn E. Escher eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Kollege Egel referierte über das Thema „Gehörnen Politik und Religion in die gewerkschaftliche Arbeitsebewegung“. Nebenher behandelte das Thema in klarer Weise unter Ausführung von Beispielen. Nachdem sich mehrere Kollegen, im Sinne des Vortrages ausgesprochen hatten, forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, kräftig für die Organisation zu streben und stets neue Mitglieder einzuführen. Hierauf nahm die Versammlung folgende Resolution an: 1. Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erkennt die Notwendigkeit der Organisation an als einziges Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und verzögert, mit allen gesetzlichen Mitteln die Arbeitnehmerbewegung zu stärken und zu unterstützen. 2. Die Versammlung protestiert gegen die heutige Weltmarktpolitik, die bereits jetzt schon die wirtschaftliche Lage der Arbeiter auf's Schwerste schädigt. Ferner protestiert die Versammlung gegen das Gefahren der Wohlausübung, die die Preise der Kosten immer und immer ständig in die Höhe treiben und so einen für alle Sterne unentbehrlichen Artikel fast unverhütlöslich machen.

Die Zahlstelle Neuhardenberg hielt am 30. September eine Mitgliederversammlung ab. Dem Kassirer wurde für die Räumung und Abrechnung Decarage erachtet. Alsdann wurde als Bevollmächtigter August Dietrich und als Kassirer Ferdinand Koppe gewählt. Als Entschuldigung sollte der Bevollmächtigte K. 20, der Kassirer K. 30 und der Schriftführer K. 3 erhalten. Als „Grundstein“-Vertreter wurden Willi Linske, Heinrich Pförtner und August Dietrich gewählt; für ihre Verdienstungen erhalten sie pro Quartal K. 8. Beschllossen wurde, die der Verwaltung vom Vorstand überstandenen Bücher aus der Votafasse zu bezahlen.

Zu Plauen i. B. fand am 18. September eine öffentliche Maurerversammlung statt. Ein vom Kollegen Egel gehaltener Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation wurde mit vielstolz aufgenommen. Dann wurden die Kollegen Höfner, Döbel, Weiß und Peit als Vertretermänner für die Einzelmitglieder des Verbandes in Vorschlag gebracht und wird dem Vorstand empfohlen. Einen davon zu bestätigen. Beschllossen wurde, in der nächsten Zeit ein Vertragsabkommen. Als „Grundstein“-Vertreter wurden gewählt die Kollegen Grüner, Döbel, Friedrich, Bödel, Dietrich, Schuster, Weiß und Weißer. Beschllossen wurde noch, K. 500 zum Streitfonds an die Zentralstelle abzuzenden, gleichfalls der Betrag von K. 278,85, der seit 1898 auf der Sparstufe belegt ist. Fernerhin sollen die vorhandenen Gelber alle drei Wochen an die Hauptstelle abgesandt werden. Schließlich wurde Ruppert, Buch-Nr. 16737, abgeschlossen.

Am Dienstag, den 25. v. M., tagte in Potsdam eine außerordentliche Mitgliederversammlung, welche sich darüber klar werden sollte, ob die Lokalorganisation in Potsdam als gleichberechtigte Organisation anzuerkennen sei. Das Gebaren der Herten Lokalstelle wurde in einer langen, sehr heftigen Debatte scharf gegeißelt. Es wurde ihnen vorgehalten, daß sie nur aus ihrem Egoismus den Verbanden den Rücken gelehnt haben, weil sie sich den gefahrvollen Beschlüssen nicht fügen wollen. So lange sie in den Vororten Berlin in Altford ruhten, hatten sie Ruhe, aber jetzt, wo sie sich thollweise wieder als Maurer einschleichen wollen (ein Teil sieht jetzt in Berlin (Altford) keinen Sinn), fanden sich unsere Kollegen zur Wehr und sagen: Entweder ihr oder wir! Kollege W. Schulz-Berlin erklärte, wenn unter solchen Verhältnissen, wie sie in der Debatte hervorgehoben sind, eine zweite Organisation bestünde, könnte sie nur unterstreichen dienen, welche nur den Unternehmern zu Gute käme. Sie müsse also bestimmt werden. Kollege Geel, Vorstehender der Lokalorganisation Berlin, legte die Bedingungen klar, unter welchen den Potsdamer Maurern es gestattet war, sich ihrer Rüchtigkeit anzupötzischen. Er betonte, daß, wenn die hier vorgeführten Thatsachen auf Wahrheit beruhen, was nicht zu beweisen ist, da der Potsdamer Vorstand sie selbst zugibt, sie von den Potsdamer arg gefälscht worden sind. Ferner wurde erklart, daß neue Kollegen gewählt sind, der Lokalorganisation den Rücken zu kehren. Folgender Antrag gelangte zur Abstimmung: Der Votafond hat sich am Sonntag, den 30. September, aufzulösen, resp. haben diejenigen Kollegen, welche sich den Beschlüssen der Potsdamer Kollegen entzogen wollen, ihren Ausdruck zu erklären. Einen Termin zur Wiederaufnahme in den Verband sieht eine spätere Versammlung fest, bis dahin verpflichtet sich die Verbandskollegen, mit denen, die ihren Ausdruck erklärt haben, zusammen zu arbeiten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch auf den hiesigen Stiftungskreisrat aufmerksam gemacht und die Kollegen aufgerufen waren, irgend welche Arbeiten derselben nicht zu verrichten, wurde die Versammlung geschlossen.

— Zwischenhat eine Versammlung des Lokalvereins stattgefunden und der Vorstande und neuen Kollegen erklärten

ihren Ausdruck, so daß noch etwa sieben Mann den Verein der Arbeitswilligen bilden, wenn sie nicht vorziehen, die Vereinsfähigkeit einzufallen. Die ersten Zahl: Richard Grabowski, Karl Grabowski, Paul Habde, Albert Budig, Paul Fischer, Ernst Günther, Karl Günther, August Müller, G. Meier und Otto Seifner sind dem Verbande wieder beigetreten.

Das Reichsrecht i. B. schreibt man uns: Wie fehlbar die „Arbeitswilligen“ in manchen Fällen sind, zeigt folgende Begebenheit. Arbeiteten da einige Kollegen den gepflegten gewohnten Pappfischen Bau und außerdem an den dort beschäftigten „Arbeitswilligen“: „Euch kann es gar nicht vergehen werden, daß Ihr den kämpfenden Kollegen in den Rücken geführt habt.“ Alsblod führten die Herren „Arbeitswilligen“ sich belebt und glaubten ihre „Ehre“ nicht anders reparieren zu können als durch polizeiliche Strafe. Ob auch noch eine Anklage daran folgt? Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist ja schon alles dagewesen. — Am Uebrigen herrsch unter den Kollegen die größte Gleichgültigkeit. Versammlungen und Jahrestage werden regelmäßig vergessen, und die organisatorische und agitatorische Arbeit ruht auf den Schultern derzeitiger Personen. — Schließlich sei auch noch eines Erfolges gedacht.

Kollege Ludwig hatte im Auftrage unserer Organisation ein Vergnügungszimmer angemietet, wozu der Gastwirt Keil seinen Saal zur Verfügung gestellt hatte. Nachdem E. schon K. 50 Zusatz auf die Veranstaltungen gemacht hatte, zog Keil seine Zusage zurück mit der Begründung, daß ihm die Militärsperrre drobe, wenn das Vergnügen zu ihm stämmte. Da gütliche Auslandserziehung nicht zu Stande kamen, wurde Ludwig gegen Keil Klage auf Schadhaft und Keil wurde auch verurtheilt, dem Ludwig die K. 50 zu erzahlen. Interessant ist an der Sache besonders folgende Szene aus dem Votafondurteil: „Er (Keil) habe sich nach erhielter Zusage zum Stadtrath Dr. Kruppendorf in Wiedenbach begeben, um sich bei ihm Rath zu holen, ob seine Zusage unbefriedigend sei; Dr. Kruppendorf habe ihm erklart, er müsse das Vergnügen oder die Versammlung der Maurer Reichsverbands mit Mühsucht auf die Zugehörigkeit des einzelnen oder eines großen Partei sozialdemokratischen Partei politisch überwachen lassen, überdies könne der Vortrag, wenn er in seinen Räumlichkeiten das Vergnügen der Maurer stattfinden lasse, später Schwierigkeiten bei Schülern um Erlangung der Erlaubnis zur Abschaltung von öffentlichen Tanzveranstaltungen nicht zu Stande kamen, wurde Ludwig gegen Keil Klage auf Schadhaft und Keil wurde auch verurtheilt, dem Ludwig die K. 50 zu erzahlen. Interessant ist an

Mahnworte des Kollegen Böller wurde die Versammlung geschlossen.

Die Kollegen von Streit (Mittel) werden seitens der örtlichen Verwaltung aufgefordert, die Versammlungen dafür zu befreien und die Beiträge (Bauherrnbeiträge und Streitfonds) plakatisch zu bezahlen. Es sind leider noch mehrere Kollegen mit ihren Beiträgen recht weit im Rückstand. Die Versammlungen finden jeden Dienstag Abend, 8 Uhr, bei Kollegen Böller statt.

Die Zahlstelle Tondern hielt am 3. Oktober ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der laufenden Geschäfte: wie Erhebung der Mitgliedsbeiträge, Einziehung von Strafbüchern etc., wurde Kollege Hansen mit der Verbreitung des „Grundstein“ beauftragt. Kollege Fischer verlangt eine Ehreserklärung vor dem Kollegen Sternkopf im „Grundstein“. Im Weiteren wurde gerichtet, daß keine Berichte von Tondern im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Nummerung des Schriftführers: Des Desteren heißt es in den Versammlungen: Warum kommen vom Tondern keine Berichte in den „Grundstein“? Es liegt doch wohl sehr nahe, daß man nichts berichten kann, wenn in den Versammlungen nichts Nennenswertes passiert. Ich ersuche daher alle dienenden Kollegen, die etwas von Tondern im „Grundstein“ lesen wollen, auch dafür zu sorgen, daß interessante Verhandlungen stattfinden. Ein guter Vortrag hilft in Freiheit des Desteren noch, um so mehr, da es hier noch Kollegen gibt, die kaum wissen, weshalb sie Beiträge bezahlen. Sie hören und lesen das Wort Organisation, aber der Inhalt desselben ist ihnen fremd geblieben. Es wäre auch wohl notwendig, daß wir uns bald mit der Bohrfrage beschäftigen. Vielesetzt will diese Anregung befürworten, und der Schriftführer kann dann auch berichten: In Tondern ist jetzt Leben unter die Maurer gekommen!

In Velbert fand am 30. September im Lokale „Zur Waldlinie“ eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Kollege Josef Müller referierte über: „Die Lage der Bauhandwerker“, wobei er den Anwesenden auch übersehen erklärte, daß die Bauhandwerker selbst die größte Schuld tragen an den jetzigen Zuständen. Es stehen nur wenige Kollegen in Velbert und Umgegend, die sich rühmen können, ihre Pflicht in der Organisation gehabt zu haben. Dies mag sich überall bemerkbar: niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, kein Arbeitserloß an den Bauteilen, das seien alle Folgen der Organisationslosigkeit, so führt der Referent sehr richtig aus. Dazu kommt noch, daß diejenigen Arbeitnehmer, die sich der Bauteilekontrolle widmen, um die Schäden und Mängel aufzudecken und deren Beleidigung zu ermöglichen, bleibfähig gemacht werden. Um dieser Unternehmermoral einen selten Damno entgegen zu sehen, ist es unabdinglich nötig, daß alle Arbeitnehmer sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen und daß auch jeder seine volle Pflicht und Schulpflicht in der Organisation thue. Die Maurer hätten sich unverzüglich dem Centralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen.

Die Zahlstelle Waren hielt am 20. September eine Mitgliederversammlung ab. Über „Die Bedeutung der Organisation“ hielt Kollege Hinzel einen längeren Vortrag, der in dem Mainwort auslief: „Kollegen, haltest fest an der Organisation, Werk neu!“ Nichtige Berenzelt sind wie nichts, während vor vereinigt eine Macht bilden.“ — Als zweiter Kassirer wurde Kollege Ernst Westphal gewählt. — Die Haftpflichtigkeit steht in diesem Herbst besser zu werden, und wenn die Maurer sich noch etwas besser an der Organisation beteiligen, werden sie auch ihre schon seit Langem gestellten Forderungen durchsetzen können. Auch die vor Jahresfrist ausgeschlossenen freien sich eines Befestes befreien zu wollen. Einer hat sich schon zur Wiederaufnahme gemeldet.

Für den Agitationskreis Wiesbaden fand am 30. September eine Konferenz in Wiesbaden statt. Vertreten waren die Agitationskommission, der Kreisvorstand und die zum Bezirk gehörenden Zahlstellen. Kollege Bauer erklärte Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission und wie besonders auf die Notwendigkeit hin, daß unter den Maurern in Kämmerer Grund mehr agiert werden müsse. Aus dieser Gegenhalt im verfallenen Sommer wieder viele Kollegen in Rheinland und Westfalen als Streitkreis gearbeitet. Die Agitation müsse aber auch vornehmlich auf den Arbeitsplätzen erfolgen, wenn es ein eingerneuerter weicher Winter wäre, lämen die Maurer garantiert nach Hause. — Kollege Götsch verlas hierauf die Abrechnung der Kommission, und weiter wurde die mangelfaule Arbeit des Schriftführers gerichtet. Über den zweiten Punkt des Tagesordnung: Regelung der Streitfondssatzung für das Jahr 1901, referierte Kollege Abel; er trat energisch für eine Erhöhung des Beitrages ein und bedauerte im Uebrigen, daß der Markenverbrauch auf den Bauteilen nicht mehr so von Statuen gebe wie vor dem Streit. Auch das Vertragsmännerhaupt (Baudeputiz) funktionire nicht in erwünschter Weise. Es sei eine sehr große Angst unter den Baudeputizern eingerichtet, die unbedingt abgestreift werden müsse. Nach längerer anregender Diskussion wurde folgender Antrag des Kollegen Klaus angenommen: „Es heißt der Kollege verpflichtet, an dem Ausbau des Vertrauensmännerystems nach Kräften mitzuwirken und den regelmäßigen Vertrieb der Streitfondsmarken auf den Bauteilen energisch zu fördern. Die Zahlstellen haben die auf sie entfallenden Streitfondsmarken für die Kollegen, die nicht in Wiesbaden, sondern in den zum Kreis gehörenden Orten arbeiten, nur aus Wiesbaden zu beziehen.“ — Die von Abel beflügelte Erhöhung des Streitfondssatzes wurde abgelehnt. Der Beitrag bleibt auf 15,- pro Woche bestehen. Die Revision der Streitfondssatzten seitens der Zahlstellen soll des Desteren erfolgen. — Die Wahl soll in der nächsten öffentlichen Kreisversammlung per Stimmzettel erfolgen. — Über die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen und während des Kreisabgesetzten entspannt sich eine längere Diskussion. Beschllossen wurde: Soweit die Kollegen aus eignem Antrieb zur Wiederaufnahme melben, ist dem Ansuchen stattzugeben. Über die etwa zu leistende Buße und die verhängten Vorstände. — Mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband der Maurer wurde die Konferenz abgeklungen um 4 Uhr geschlossen.

Die Zahlstelle Wittenberge hielt am 21. September eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab; die Stellung nahm zu der Altford- und Uebertundenarbeit. Es handelt sich um die drei Kollegen Ibs, Frahm und Wätzadt, die bei Maurermeister Abster in Arbeit standen, nebenbei aber noch selbstständig Arbeiten im Altford übernahmen und dieselbe nach Feierabend und Sonntags ausführten. Schon in einer früheren Versammlung war den drei Gesellen auferlegt worden, die

Nebenarbeiten liegen zu lassen oder sie in der regelmäßigen Arbeitszeit fertig zu machen; ferner hielten die Belegschaften dem Vertrag nichts aber keine Folge gegeben. Nunmehr wurden sie ausgeschlossen. Gleichzeitig machte sich die Stimmung bemaßbar, mit den Ausgeschlossenen nicht zusammen zu arbeiten. Es wurde jedoch beschlossen, daß die Arbeit seitens der Verbandsmitglieder nicht niedergelegt werden dürfe. Es sei Sach der betreffenden Schlichtungskommission, die Angelegenheit zu ordnen. Die auf dem fraglichen Bau beschäftigten Verbandsmitglieder beschwerten leider nicht die Disziplin, dem Verhandlungsabschluß folge zu geben, sondern sie legten am nächsten Sonnabend die Arbeit nieder wegen der drei Ausgeschlossenen; und als der Unternehmer verfuhr, Maurer von anderen Bauteilen nach dem verlassenen Bau zu dirigieren, nahm der Ausland noch größeren Unfang an, denn es sollte Niemand mit den Ausgeschlossenen zusammen arbeiten. Nunmehr trat am Montag Abend die Kommission, bestehend aus Gelehrten und Unternehmern, zusammen, konnte aber zu einer Einigung nicht kommen. Es kam am Dienstag, nachdem noch ein Mitglied des Hauptverbandes zu den Verhandlungen hinzugezogen worden, einigte sich die Kommission auf folgenden Spruch: Von einer Aussöhnung der drei Ausgeschlossenen wird für die Zeit von drei Wochen Abstand genommen. Dagegen haben die drei eine Geldstrafe von je M. 15 zu entrichten, für deren Bezahlung Meister Wölter aufzukommen hat. Weiger sich die Betriebsleitung, so sollen sie sofort entlohen werden. — Eine am 25. September stattgehabte Maurerverhandlung hat den Kommissionsbeschluss anerkannt, und zwar einstimmig, obwohl vorher viel Stimmung dafür war, die Röster jeden Vortrag unbedingt zu sperren.

Am Dienstag, den 24. September, hielt die Zahlstelle Woltmershausen eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Es wurde zunächst die Abrechnung vom dritten Sälfungsfeste verlesen, welche einen Niederschlag von M. 19,55 ergab. Wie alljährlich, so haben wir auch jetzt wieder Mitglieder zu verzeichnen, welche mit ihren Beiträgen zum Streikfonds im Rückstande sind, resp. sich weniger, diesbezüglich zu bezahlen. Fünf Kollegen hatten deshalb eine Aufforderung erhalten; ihnen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Der eine dieser fünf, Wilh. Warthen, welcher erster Partizipat des Gebr. Reiners ist, schien auch deshalb in seiner Ehre gekränkt zu sehen, er bezog seine Schulden mit den Beiträgen, doch er sich auch hiermit aus dem Verbande streichen ließe. Hinsichtlich werden sich die Kollegen, die bei Reiners arbeiten, dieses prozentualen Verhältnis erinnern. Der Aufsichtsrat in der Verhandlung zu erledigen, hatte nur ein Kollege folge geleistet, welcher denn auch seine restirenden Beiträge zum Streikfonds bezahlte. Die übrigen drei: G. Bloch, D. Freitag, Fr. Castens, hatten es nicht der Mühe wert gehalten, in der Versammlung zu erscheinen, und wurden dieselben in geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme ausgeschlossen. Nachdem nun einige interne Angelegenheiten erledigt und die Kollegen aufgefordert waren, sich das vom Vorstand herausgegebene Buch "Die deutsche Maurerbewegung" anzusehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Stukkaturen.

In neuester Zeit sind verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen betrifft der Abwendung von Geldern an die Hauptkasse. Ich mache die Revisoren darauf aufmerksam, daß sie nach der Abrechnung sich davon zu überzeugen haben, ob die Gelder auch abgesandt sind.

Peter Trimborn.

Bremen. Am Montag, den 17. September, hielt die heisste Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es waren 21 Mitglieder anwesend. Es wurde über den Arbeitsnachweis diskutirt, der noch nicht so recht funktioniert will, namentlich die zureisenden Kollegen tummeln sich nicht darum. Bei Unternehmern benutzen den Arbeitsnachweis. Sehr schlimme Zustände herrschen in der Werkstatt von Walther & Große. Wie in der Verhandlung mitteilung wurde, geht dort die Arbeit Morgens um 4 Uhr los und endet oftmals um 12 Uhr Nachts oder noch später (§ 9). Als Mitglieder sieht darüber aufschälen, meinte Herr Große, er würde überhaupt keine Verbandsmitglieder mehr beschäftigen. Die Verhandlung hat in dieser Angelegenheit keinen Vertrag gefaßt, behielt sich aber vor, die Sparte über genannte Werkstatt zu verhängen. — Ein am Sonnabend, 29. September, von der Filiale arrangierter Ball war gut besucht. Leider ist von den Versammlungen nicht das Gleiche zu sagen. Zu einer Versammlung, die zwei Tage nach dem Ball stattfand, waren ganze acht Kollegen erschienen. Kollegen, so etwas sollte wirklich nicht vorkommen.

Hannover. Am 2. Oktober lagte hier eine öffentliche Stoffaufbereitung vor. Diese beschäftigte sich namentlich mit den Mitgliedern, die in verschiedenen hiesigen Geschäften tätig waren. So wurde durch die Firma Schoen & Becker berichtet, daß dort von Bihlauer Stoffaufbereitungen auf Bauten verübt werden. Leider gehören diese Bihlauer keinen Verein an, und die Stukkaturen, die dort eins- und ausziehen, sind meistens Fremde, deshalb lassen sich Maßregeln gegen betreffende Firma schwer ergründen. Weiter ist die Firma Sulzmann. Dieselbe hat eine grobige Augenart auszuüben, die von einigen unorganisierten Stukkaturen in Alford übernommen worden ist. Da dieselben nun die Arbeit nicht allein fertig stellen können, so stellen sie einige Kollegen in Tagelohn ein; diese sollten nun für die Herren Schweizer das Gehl verdienen. Über die Handlungswerte des selben nur ein Beispiel: Einer der anwesenden Herren Unternehmer erklärte nämlich, daß er sehr human mit den Kollegen gehandelt hätte, indem er ihnen M. 7 Tagelohn gezahlt hätte, trotzdem sie denselben garnicht verdient hätten, weil sie 4 bis 5 Stunde ihr Werkzeug gerichtet hätten. Demgegenüber wurde von den Kollegen angeführt, daß nach Abrechnung des Bihlauers ihr Lohn noch um ein Viertel zu niedrig sei. Weiter erklärte der Herr, daß er durch Nehmung dieser Art Arbeiten das Stoffaufbereitungsamt haben will, weil sonst Maurer hier, am Ort die Jagdwellen ausfüllten würden. Von verschiedenen Kollegen wurde aber diesem Herrn eine ganz gebührliche Abferzung zu Thell. Keiner wurde über die Firma Günther & Ebeling berichtet. Der Herr Ebeling, ein bei allen Stukkaturen bekannter Herr, hat sich Neuerungen zu schulden kommen lassen, die sich hier nicht wieder geben lassen. Es wurde laut Antrag, die Spurre über die Firma verhängt und legten fünf dort beschäftigte Kollegen die Arbeit nieder. Betreifst des noch immer nicht bemitleidten Lohntariffs entspann sich eine lebhafte Debatte. Einesfalls haben hier die Kollegen nicht Stückgut genug, ihrem Forderrungen mehr Nachdruck zu verleihen, andertheils ist die

Organisation nicht stark genug. Einige Kollegen scheinen sich in dieser Lage sehr wohl zu fühlen.

Leipzig. Den Kollegen zur Kenntnis, daß der Stoffalder Franz Ruzika aus Böhmen aus dem Verband ausgeschlossen worden ist. Er hat während unserer letzten Lohnbewegung bei der Firma Knauer gearbeitet.

Krankenkasse.

Hamburg. Wir erhalten folgende Zuschrift: Obgleich ein entschiedener Gegner sogenannter Eingesandts, weil sie gewisstheitlich in Geschäftsstellen ausarten und dem allgemeinen Interesse wenig dienlich sind, sehe ich mich doch gezwungen, auch für mich in "Grundstein" einige Zeilen im Anhänger zu nehmen. In Nr. 89 von "Grundstein" hat Kollege W. Thiemar im Auftrage des Vorstandes eine sogenannte "Nichtstellung" veröffentlicht, die den Standpunkt folgt: Angenommen, die ich gegen den Vorstand und gegen die Kasse gerichtet haben soll, zurückzuweisen und richtig zu stellen. Es ist mir nicht bekannt, folsam "Verbrechen" verübt zu haben. Ich habe die Meinung, und dies wird durch den Schriftführer unserer Verwaltung ausdrücklich in seinem Bericht bestätigt, in ruhiger und durchaus sachlicher Weise über den Verlauf der Generalversammlung berichtet. Um so mehr muß ich mich über die Aufführung des Vorstandes wundern. Es werde jedenfalls der Leiste sein, der sich herausnimmt, dem Vorstand die erungenen Vorbeere entziehen zu wollen. Aber unberechtigte Ansprüche werde ich auch mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Nun zu den "Verbrechen", die ich begangen habe soll. Nach der Generalversammlung in Frankfurt a. M. äußerte ich in der Debatte über den Vorstandsbereich den Wunsch, der Vorstand möge, um die vielen Prozesse zu verhindern, den Mitgliedern mehr Entgegenkommen zeigen. Die Vertreter des Vorstandes, zu welchen ich auch Kollege Thiemar gehörte, haben darauf nicht geantwortet. Wäre mir die Aufklärung damals geworden, die ich nunmehr durch die "Nichtstellung" des Vorstandes im "Grundstein" bekommen habe, dann wäre ich bestrebt gewesen. Bezuglich der Belegung der M. 160 000 habe ich bei der Berichterstattung gesagt, daß das Geld mit 4 p.M. verzinst würde. Diese Kenntnis habe ich aber nicht durch den Vorstandsbereich erhalten, sondern zusätzlich bei der Verhandlung des Antrages Hamburg, die Extrasteuern von 80 g auf 15 g herabzuführen. Zur Begründung des Antrages Hamburg führt ich an, daß der Ausschluß, den die Kasse durch die Verarbeitung des Extrasteuers erlebt, nicht in ihr Gewicht falle und reichlich aufgewogen werde durch die höhere Verzinsung des Kapitals. Ich nahm ironisch dazwischen: "Nein, 7 p.M." Erst später erklärte Thiemar, daß die Verzinsung mit 4 p.M. erfolgt; wo und wie das Geld belegt sei, das würde auch bei dieser Gelegenheit nicht gesagt. Der Vorstand sagt nun in seiner "Nichtstellung": "Kollege Schulze hätte ja fragen können". Was der Kollege hatte er. Ich antwortete darauf: "Der Vorstand hatte die Würth, der Generalversammlung unaufgefordert über die Belegung der Kasse durch die Verarbeitung des Extrasteuers zu erläutern. Das Recht, das Kapital der Kasse so zu belegen, wie es nunmehr geschieht, ist dieses Recht habe ich den Vorstand niemals bestritten, dies konnte ich ja auch garnicht, da hierzu der Vorstand pflichtschuldig die Genehmigung der Generalsversammlung in Magdeburg eingeholt hatte. Ich kann aber auch anderweitig den Vorstand nicht von der Würth entbinden; späteren Generalversammlungen ausführlicher Bericht über die mit dem Kapital der Kasse gewünschten Maßnahmen zu erstatten. Ich erachte dies um so mehr als notwendig, als der Vorstand sonst immer geneigt ist, um eine Erweiterung der Mitgliedsrechte nicht aufzunehmen zu lassen, die Kassentreihen häftnisse in einen recht ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. Das sind also die großen Vergehenungen, die ich mir nach Ansicht des Vorstandes bei der Berichterstattung über die Generalversammlung habe zu Schulden kommen lassen. Das Urteil darüber steht der Öffentlichkeit zu. Daß es für mich nicht ungünstig ausfallen wird, denn bin ich gewiß kein Kollege Siedling. Ich muß wirklich bedauern, daß er sein Entdeckungstalent nicht weiter ausübt. Er hat mir in der kurzen Debatte von acht Tagen bei mir etwas entdeckt, was andere Kollegen, mit denen ich seit Jahren verbreite, noch nicht herausgefunden haben, und ebenso verhält es sich bei den Mitgliedern, die Meines Wissens in unseren letzten Versammlungen auftraten. Meines Erfahrungsschatzes höchst Kollege Scheidling sein Wissen aus Berichten, die von fünf oder sechs Zahlstellen zeitweilig veröffentlicht werden. Es wäre zu wünschen, daß man auch öfter einen Bericht aus Altona in "Grundstein" fühne, vielleicht würde ich dann auch etwas entdecken." Seine sonstigen Ausführungen treffen mich nicht und sind belanglos. Für gänzlich bereit ist er nicht seinen Hinweis auf das Protokoll. Wenn man davon ausgeht, daß es doch nicht gelesen wird, braucht es ja garnicht erledigt zu werden, und die Geschäftsführer, wou ja auch die Arbeit des Schriftführers gehören, könnten gehoben werden. Damit ließen der Kasse M. 800 bis 1000 zu anderweitiger Verwendung erhalten.

Hiermit schließen wir die Polemik.

Literarisches.

Soeben hat die Buchhandlung Vorwärts in neuem geschmackvollen Einbande ihren Arbeiter-Motiv-Kalender für 1901 erscheinen lassen. Der Kalender enthält als Erstseite auf Kunstdruckpapier das Porträt W. Liebnecht's. Der Inhalt ist wiederum ein sehr reichhaltiger. Von allgemeinem Interesse für die Arbeiter ist der Artikel über die wichtigsten Bestimmungen des neuen Industriegesetzes in Frage- und Antwortform; der deutsche Stoffhandel und seine Kosten; das Bild über das Machtklima der wichtigsten deutschen Städte in 100 Jahren; wichtige Erfindungen und Entdeckungen; Maße und Gewichte und ein Bild aus der deutschen Medizinalstatistik. Für die Gewerkschaften kommt besonders Interesse aus der Übersicht der Fabrikinspektoren mit Angabe ihrer Amtsbezirke, die Kreisen sämtlicher Gewerkschaftsvorstände, Arbeiterssekretariate etc. Die Parteigenossen werden die statistische Zusammenstellung der Reichstagswahlen mit allen Nachwahlgegebnissen bis August 1900 wieder für Nachschlage Zwecke hernehmen und die Biographien und Porträts der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion enthalten selbstverständlich auch die seit dem Wahljahr neu gewählten Abgeordneten. Dieser Auszug aus dem Inhalt bildet den diesjährigen Arbeiter-Motiv-Kalender als praktisches Nachschlagewerk.

für Gewerkschafts- und Parteigenossen empfehlen. Der Preis ist der alte: 60 g.

Die Arbeiterbildungsschule Berlin, vor zehn Jahren durch Wilhelm Liebnecht in's Leben gerufen, eröffnet ihr Winter-Semester Mitte Oktober im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16, Hof links, 2 Dr. Beginn der einzelnen Kurse: Montag, den 16. Oktober: Nationalökonomie (Soziale Theorien und Bewegungen bis zur Sozialdemokratie). Vortragender: Rechtsanwalt B. Gräflin. Dienstag, den 16. Oktober: Naturerkenntnis (Grundlagen der Naturwissenschaften). Vortragender: Dr. Gregor Stellon. Donnerstag, den 18. Oktober: Gedächtnisübungen (Übungen für Anfänger im mündlichen Gedankenaustausch mit Rücksicht auf das praktische Leben). Vortragender: Dr. N. Stein. Freitag, den 19. Oktober: Geschichte (Aufführungsgeschichte in großen Zügen, von den Anfängen der menschlichen Kultur bis zur Gegenwart). Vortragender: Dr. R. Stellon. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 g; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus M. 1 und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der erste Kursus eines jeden Kurses steht Leibermann zum unentgeltlichen Verkauf frei. Aufnahmen finden statt im Schulhof, Engelstr. 40 a; Stein, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstr. 57, und bei Krause, Müllerstr. 7 a.

Briefkassen.

Altenburg, Th. Wir halten es für besser, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Die Agitationskommission wird die Geschichte schon einsehen.

Stuttgart, St. Bericht erhalten, aber zu spät für diese Nummer.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Ahrensburg.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreikfonds	M. 800,—
Aus dem sonst noch am Orte vorhandenen Unterstützungsfonds	80,87
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	46,—
Auf Lizenzen gesammelt	6,—
Summa	M. 839,87

Ausgabe.

Für Unterstützung der Streikenden	M. 839,90
Fernhaltung des Zuganges	59,85
Fortschaffung zugezogener Kollegen	2,20
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	5,05
Au die Hauptkasse zurückgeliefert	81,87
Summa	M. 839,77

Ahrensburg, den 17. Juni 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren: H. Westphal, Wilh. Siemers,
Für die Streikkommission:
Wilh. Kleinschmidt, G. Fischer, W. Schlichting.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Richtenberg-Franzburg.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreikfonds	M. 650,—
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	5,75
Summa	M. 655,75
Ausgabe.	
Für Unterstützung der Streikenden	M. 692,—
Reiseunterstützung an freitrende Kollegen, die den Ort verlassen haben	—,85
Fernhaltung des Zuganges	8,60
Fortschaffung zugezogener Kollegen	1,70
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	2,80
sonstige Ausgaben (Streikkommission)	12,60
Au die Hauptkasse zurückgeliefert	42,80
Summa	M. 655,75

Richtenberg-Franzburg, 5. August 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren: W. Gaith, G. Janzen, C. Büttgens.

Für die Streikkommission:
Sch. Günther, Joh. Wegner.

Abrechnung

über den Maurerstreit in Biegnitz.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreikfonds	M. 1869,50
Beiträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	644,—
Summa	M. 2013,50
Ausgabe.	
Für Unterstützung der Streikenden	M. 1446,76
Reiseunterstützung an freitrende Kollegen, die den Ort verlassen haben	84,60
Fernhaltung des Zuganges	104,09
Fortschaffung zugezogener Kollegen	127,05
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	81,02
sonstige Ausgaben (Streikkommission)	60,70
Au die Hauptkasse zurückgeliefert	159,28
Summa	M. 2013,50

Biegnitz, den 23. August 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
Eduard Göhretz, Paul Steffel.

Für die Streikkommission:
Robert Mann, Ernst Neumann.

Abrechnung

über die
Aussperrung in Blankenese Zahlst. Nienstedten.)

Einnahme.

Aus dem Zentralstreifkonds.	M. 300,-
Aus dem sonst noch am Orte vorhandenen Unter-	
stücksfonds	" 125,-
Summa... M. 425,-	

Ausgabe.

Für Unterstützung der Streifenden	M. 243,75
Deutschland, Porto und Schreibmaterialien	9,55
sonstige Ausgaben	" 11,80
Verlämmlisse der Sohnkommission	" 21,-
An die Hauptkasse zurückgesandt	" 188,90
Summa... M. 425,-	

Nienstedten, den 1. Juli 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

H. Kronart. A. Schmitt. H. Järs.

Für die Streifkommission:

B. Eichhoff. H. Oeding. G. Siebenicher.

Abrechnung

über die Aussperrung in Potsdam.

Einnahme.

Aus dem Zentralstreifkonds.	M. 10000,-
Summa... M. 10000,-	

Ausgabe.

Für Unterstützung der Streifenden	M. 9322,63
Meisterunterstützung an streifende Kollegen, die den Ort verlassen haben	" 250,30
Verpflichtung des Zuganges	" 46,50
Wertabholung zugezogener Kollegen	" 26,80
Deutschland, Porto und Schreibmaterialien	" 12,60
sonstige Ausgaben	" 79,70
An die Hauptkasse zurückgesandt	" 261,27
Summa... M. 10000,-	

Potsdam, den 22. Juli 1900.

Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Die Revisoren:

Leopold Negb. Albert Stephan. Carl Schacht.

Für die Streifkommission: B. Nühn. G. Bipp.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Sitz Hamburg.

Vertakuntimachung.

Die Statistik

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist von mehreren Zahlstellen noch nicht eingegangen. Wir erwarten jetzt sofortige Einsendung.

Statistik über Arbeitslosigkeit.

Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit im Monat August sind mit dem dazu gehörenden Fragebogen spätestens bis zum 15. Oktober an den Verbandsvorstand einzutragen.

Ausgenommen von der Zusendung an den Verbandsvorstand sind die Zahlstellen der Provinz Brandenburg. Diese haben die Karten und den Fragebogen an die Agitationsskommission in Berlin, Adresse: Carl Panzer, Berlin SO, Engelser Str. 15, Zimmer 29, einzutragen.

Die Zusendung der Karten kann unter Kreuzband erfolgen, wenn es nicht über 180 sind. Das Porto beträgt:

1—8 Stück	3,-
9—16 "	5,-
17—42 "	10,-
43—85 "	20,-
86—180 "	30,-

Über 180 müssen als Packet aufgegeben werden.

Die Abrechnung

nebst dem der Hauptkasse gehörenden Geld ist bis zum 15. d. M. an den Kassier S. Köster, Bremerstr. 11, 1. Et., einzufügen. Ebenfalls sind die Beiträge für die Geschichte der deutschen Maurerbewegung, die Broschüre "Augsburger Maurerprozeß" und die Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands einzutragen.

Die Revisoren

machen vor darauf aufmerksam, daß sie laut Statut verpflichtet sind, mindestens allmonatlich einmal eine Revision der Kassen- und Buchführung vorzunehmen. Die Quartalsabrechnung muß von den Revisoren geprüft und, wenn für richtig befunden, unterzeichnet werden.

Stellt sich bei der Revision heraus, daß die Kasse mit der Buchführung nicht in Ordnung sind, dann ist uns davon sofort Mitteilung zu machen.

Für die Ausführung der Revision verweise ich auf die im März d. S. überstandene Abrechnung.

In Fällen, wo Unregelmäßigkeiten vorkommen, werden die Revisoren mit zur Rechenschaft ziehen, wenn sich herausstellt, daß die Revision mangelhaft war. Das Letztere gilt auch für die Verwaltungen.

Zur Beachtung für die örtlichen Verwaltungen.

Da der Vorstand genehmigt ist, mit Beginn des nächsten Monats ein neues Zahlstellen- und Adressenverzeichnis anfertigen zu lassen, ersuchen wir, alle bis dahin vor kommenden Veränderungen der Adressen uns sofort mittheilen zu wollen.

In der Haupthälfte sind die Adressen der Bevölkerungsstädtchen wie Käffner und für die größeren Zahlstellen die Verleiheslotsale anzugeben.

Vom Vorstande bestätigt

finden die neu gewählten Verwaltungsbeamten der Zahlstellen Nowawes, Neuenau am Rhein, Thorn, Marienburg, Mörsleben, Braunschweig, Einbeck, Dassel, Glogau, Alt-Glückstadt, Lübeck, Rostock.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Breslau: Julius Neuther (Buch-Nr. 061 627), Richard Schulz (Buch-Nr. 84 924); Mindorf: Otto Mindorf (Buch-Nr. 9040); Bremenhaven: Fr. Schröder (Buch-Nr. 10 989); Bielefeld: C. Darius (Buch-Nr. 011 408).

Die wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder werden unter dieser Rubrik nicht veröffentlicht.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Otto Burckhardt (Buch-Nr. 09 780); Karl Heuer (Buch-Nr. 70 245); August Hoffmann (Buch-Nr. 223 208); Herm. Wölter (Buch-Nr. 08 698); Johs. Gen. (Buch-Nr. 1765). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Berichtigung.

In der in Nr. 88 des "Grundstein" veröffentlichten Streifabrechnung von Bromberg muß es unter Ausgabe heißen: An die Hauptkasse zurück gesandt M. 302,90 statt M. 502,90.

Der Vorstand.

J. A.: F. Efftinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 2. bis 8. Oktober 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der preußischen Verwaltung in: Neuhausenberg M. 299,96, Altbach 178,60, Gr. -Dörfelendorf 98,82, Binsen a. d. L. 70, Steinbeil 55,60, Neuhau 39,54, Leipziger 59,90, Teltow 800, Berlin III 158, Münster i. S. 116,59, Oberstolz 110, Crimmitschau 100, Bützow 94,20? Umlna 1. B. 58,90, Altona 877,90, Nürnberg 316,40, Müglitz 5, Dresden 159,66, Flensburg 140, Lüdenwalde 125,88, Diesdorf 101,60, Calvörde 90,64, Wittenberg, Bezirk Halle 90, Döhringshof 55,42, Berghülschen 26,96, Nienburg 24, Berlin I 1558,90, Emden 342,80, Dessau 842,20, Niedermünde 180,16, Minden 128,65, Gleiwitz 180,40, Hohenbocka 101,80, Hamm i. B. 89,58, Wiesenberg i. Med. 48,56, Rothenburg a. b. Tauber 31,90, Dresden 769,75, Gütersloh 327, Calbe a. d. S. 216,04, Elmschorf 139,20, Freienthal 188,20, Geisenhain 80,40, Langenberg 5. Gera 78,38, Neumünster 82,40, Drophis 58,88, Österburg 89,52, Königsberg i. Pr. 88,15, Schivelbein 37,83, Merschburg 206,40, Straßburg 116,50, Oberseelb 165, Torgau 163,65, Westen 162,48, Bernau 150,80, Lubwigsdorf 107,40, Nienburg a. d. Saale 96,64, Göbenfeld 87,40, Cölln 47,42, Karlstadt 14,72, Danzig 1207,24, Würzburg 772,68, Steglitz 551,40, Nowawes 465,60, Lüneburg 379,68, Schkeuditz 373,52, Zweibrück 329,75, Wiesbaden 25,70, Hohfeld 275,50, Schönfeld a. d. E. 20,60, Eisenberg 219,68, Staufffurt 270,72, Erfurt 200, St. Johann 174,20, Oranienburg 134,46, Cöben 125,70, Bielefeld 124,60, Wörthshausen 111,20, Bergedorf 84,60, Laage i. Med. 68,52, Spandau 66,20, Arneburg 62,64, Kröpelin 57,76, Ronneburg 52, Hermisdorf 42, Preuß 36, Mölln in Lauenburg 21,60. Summa M. 16940,90.

Streifonds.

Blauen i. B. M. 1000, Neuhausenberg 20,82, Gr. -Neuendorf 21,96, Binsen a. d. L. 14,60, Steinbeil 42,40, Neuhau 5,25, Münster i. S. 10,60, Oberstolz 15, Bützow 25,84, Altona 271,04, Nürnberg 71,92, Müglitz 5, Dresden 120, Lüdenwalde 63,52, Diesdorf 60, Calvörde 16,80, Wittenberg (We. Holl.) 8,04, Döhringshof 23,58, Berghülschen 9,84, Emden 187,52, Dessau 56,08, Niedermünde 61,80, Minden 35,84, Hohenbocka 84,20, Hamm i. B. 20,76, Wiesenberg i. Med. 14,16, Nienburg a. b. Tauber 5,70, Gütersloh 144,88, Calbe a. d. S. 97,52, Elmschorf 51,20, Freienthal 37,60, Langenberg 5. Gera 38,62, Neumünster 60,48, Drophis 25,18, Österburg 9,12, Merschburg 143,68, Straßburg 121,84, Oberseelb 143,82, Torgau 34, Gleichen 116,88, Bernau 39,36, Mündung a. d. S. 10,56, Röthenbach 29,36, Karlsruhe 7,04, Würzen 624,24, Lüneburg 255,92, Schlebusch 126,16, Auerbach 71,80, Haldensleben 25,20, Schneeburg a. d. E. 88,45, Eisenberg 148,96, Schkeuditz 70,56, Bötzow 29,36, Erfurt 30, St. Johann 33,28, Oranienburg 94,80, Cöben 88,70, Pforzheim 14,82, Bergedorf 65,40, Laage i. Medien 15,84, Lüneburg 3,76, Döberitz 12,08, Kröpelin 2,22, Bielefeld 22,56, Preuß 8, Mölln i. Lauenburg 5,90, Nienstedten 100; Spandau 45,80, Umlna i. B. 27,84. Summa M. 5736,55.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Mindorf M. 25, Neuhau 2,50, Eisenberg 15, Berlin III 15, Leipzig 100, Bützow 2,50, Umlna i. B. 2,50, Altona 20, Müglitz 5, Dresden 2,50, Dortmund 25, Emden 7,50, Niedermünde 7,50, Gleiwitz 2,50, Hamm i. B. 2,50, Minden 2,50, Bützow 2,50, Elmschorf 2,50, Torgau 2,50, Bielefeld 2,50, Mühlendorf 2,50, Mölln i. B. 2,00, Würzen 11,50, Haldensleben 7,50, Staufffurt 15, Bötzow 2,50, Erfurt 32,50, Oranienburg 2,50, Cöben 5, Bielefeld 2,50, Pforzheim 10. Summa M. 874,50.

Für Broschüre: „Die Augsburger Prozesse“.

Mindorf M. —75, Neuhau —75, Eisenberg —75, Elmschorf —75, Berlin III —75, Bützow —75, Umlna i. B. —75, Altona

—75, Müglitz bei Dresden —75, Nordmünd —75, Elmen —75, Niedermünde —75, Neumünster —75, Schivelbein —75, Eggesin —75, Werderburg —75, Straßburg —75, Gießen —75, Ludwigslust —75, Münster a. d. S. —75, Göbenhain —75, Bielefeld —75, Drophis —75, Brackwede —75, Münster in Lauenburg —75, Hastedt —75, Gladbeck —75, Erft —75, Drantenburg —75, Beelendorf —75, Pforzheim 8, Summa M. 27.

Für Broschüre: „Was wir wollen“.

Berichtsabgaben M. 4,70, Elmen —20, Wurzen —70, Pforzheim 7. Summa M. 12,80.

Für statistische Tabellen.

Dempelhof M. 1,50, Minden —25, Neumünster 2,50. Summa M. 4,25.

Für Agitation.

Von Celle durch F. Nollmeier M. 15.

Die Zahlstellen-Käffner resp. Einsender von Gelben werden erfuhr, auf den Poststempeln genau anzugeben, wofür das eine gesandte Gelb bestimmt ist.

Hamburg, den 8. Oktober 1900.

K. Köster,

Hamburg-St. Georg, Bremervstr. 11, 1. Et.

Zentral-Sparkenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (e. h. Nr. 7).

Tierbetafel des 2. Quartals 1900.

- Theob. Mühlau, Maurer, geb. 1. 10. 68, gest. 24. 2. 1900 zu Bremen an Influenza.
- Wilhelm Klöns, Maurer, geb. 6. 4. 46, gest. 14. 3. 1900 zu Berlin.
- Wilhelm Stablers, Steinbauer, geb. 11. 11. 56, gest. 8. 3. 1900 zu Münchhausen an Magenleiden.
- Friedrich Weßels, Steinbauer, geb. 22. 6. 45, gest. 2. 4. 1900 zu Bremen an Herzleiden.
- Gottfried Müller, Maurer, geb. 7. 12. 48, gest. 3. 4. 1900 zu Berlin an Lungentbc.
- Philipp Müller, Steinbauer, geb. 8. 10. 51, gest. 8. 4. 1900 zu Mühl. Grumbach an Influenza.
- Julius Breiter, Maurer, geb. 29. 11. 49, gest. 5. 4. 1900 zu Breslau an Lungentbc.
- Karl Sauer, Maurer, geb. 10. 1. 57, gest. 9. 4. 1900 zu Berlin.
- Ludwig Lamotte, Steinbauer, geb. 9. 7. 52, gest. 9. 4. 1900 zu Berlin an Lungentbc.
- Stephan Martin, Maurer, geb. 16. 10. 63, gest. 9. 4. 1900 zu Stettin durch Tschöcken.
- Wilhelm Güller, Maurer, geb. 11. 4. 59, gest. 10. 4. 1900 zu Spanbau an Lungentbc.
- Georg Johann, Steinbauer, geb. 21. 8. 59, gest. 10. 4. 1900 zu Wald-Michelbach an Lungentbc.
- Heinrich Heidelb., Maurer, geb. 9. 12. 51, gest. 12. 4. 1900 zu Düsseldorf an Influenza.
- Martin Conrad, Steinbauer, geb. 21. 8. 45, gest. 26. 4. 1900 zu Hochsper am Herzleiden.
- Hermann Stein, Maurer, geb. 18. 5. 58, gest. 17. 4. 1900 zu Berlin.
- Karl Arndt, Maurer, geb. 1. 1. 75, gest. 18. 4. 1900 zu Berlin an Lungentbc.
- Heinrich Ernst, Maurer, geb. 29. 2. 71, gest. 20. 4. 1900 zu Hamburg an Lungentbc.
- August Kiel, Steinbauer, geb. 12. 12. 56, gest. 26. 4. 1900 zu Wittenberg an Lungentbc.
- Georg Ehme, Maurer, geb. 2. 6. 48, gest. 27. 4. 1900 zu Hamburg an Lungentbc.
- Wih. Ackermann, Steinbauer, geb. 21. 8. 58, gest. 28. 4. 1900 zu Düsseldorf an Rheumatismus.
- Ernst Kiel, Steinbauer, geb. 2. 5. 58, gest. 29. 4. 1900 zu Leipzig an Lungentbc.
- Joseph Siebold, Steinbauer, geb. 17. 6. 57, gest. 1. 5. 1900 zu Köln a. Rh. an Lungentbc.
- Andreas Hartmann, Steinbauer, geb. 17. 8. 48, gest. 2. 5. 1900 zu Bielefeld an Lungentbc.
- Karl Rohloff, Maurer, geb. 9. 7. 62, gest. 8. 5. 1900 zu Berlin an Lungentbc.
- Karl Bernhard, Maurer, geb. 16. 12. 61, gest. 6. 5. 1900 zu Memel an Influenza.
- Karl Lehmann, Maurer, geb. 29. 1. 54, gest. 18. 5. 1900 zu Berlin durch Verletzungen.
- Leopold Weidner, Maurer, geb. 29. 1. 58, gest. 14. 5. 1900 zu Berlin.
- Heinrich Höhlein, Maurer, geb. 12. 10. 50, gest. 16. 5. 1900 zu Leipzig an Lungentbc.
- Hermann Ziegler, Maurer, geb. 18. 12. 57, gest. 21. 5. 1900 zu Münster i. Rh. an Lungentbc.
- August Schüne, Maurer, geb. 16. 10. 59, gest. 24. 5. 1900 zu Bensendorf an Rheumatismus.
- Julius Dietrich, Maurer, geb. 11. 8. 41, gest. 27. 5. 1900 zu Berlin an Gelenktbc.
- Otto Weber, Steinbauer, geb. 8. 6. 54, gest. 30. 5. 1900 zu Halle an Lungentbc.
- Philipp Ziegler, Maurer, geb. 10. 8. 62, gest. 2. 6. 1900 zu Mannheim an Schadelbruch.
- Georg Wiele, Maurer, geb. 12. 6. 58, gest. 2. 6. 1900 zu Hamburg an Rippenfellentzündung.
- Otto Böhmer, Maurer, geb. 27. 4. 67, gest. 4. 6. 1900 zu Charlottenburg durch Verletzungen.
- Heinrich Bobin, Maurer, geb. 27. 4. 69, gest. 5. 6. 1900 zu Düsseldorf an Lungentbc.
- Johann Wolter, Steinbauer, geb. 14. 8. 49, gest. 5. 6. 1900 zu Niederkreisig an Lungentbc.
- Heinrich Müller, Steinbauer, geb. 3. 12. 56, gest. 7. 6. 1900 zu Straßburg t. E.
- Tobias Geh, Maurer, geb. 17. 9. 46, gest. 7. 6. 1900 zu Waldb.-Michelbach.
- Johann Uhlrich, Steinbauer, geb. 28. 2. 62, gest. 7. 6. 1900 zu Waldb.-Michelbach durch Verlegungen.
- Ludwig Mühl, Maurer, geb. 19. 1. 45, gest. 8. 6. 1900 zu Oppeln an Lungentbc.

42. Adam Seitz, Steinhauer, geb. 24. 8. 67, gest. 8. 6. 1900 zu Fehrbellin an Herzleiden.
 43. Hermann Schulz, Steinhauer, geb. 21. 3. 69, gest. 9. 6. 1900 zu Potsdam an Lungenerkrankung.
 44. Gustav Jädicke, Maurer, geb. 22. 2. 57, gest. 15. 6. 1900 zu Berlin an Lungenerkrankung.
 45. Ernst Kühnel, Maurer, geb. 8. 4. 59, gest. 15. 6. 1900 zu Bremen an Lungenerkrankung.
 46. Wilhelm Sah, Maurer, geb. 7. 11. 70, gest. 15. 6. 1900 zu Döberitz an Lungenerkrankung.

47. Joseph Koller, Maurer, geb. 12. 2. 61, gest. 16. 6. 1900 zu München an Lungenerkrankung.
 48. Albert Koch, Maurer, geb. 6. 12. 67, gest. 18. 6. 1900 zu Steglitz an Lungenerkrankung.
 49. Hermann Haader, Maurer, geb. 27. 1. 80, gest. 25. 6. 1900 zu Ostholstein an Schwindelanfallen.
 50. Otto Schäfki, Maurer, geb. 8. 5. 60, gest. 28. 6. 1900 zu Berlin an Herzleiden.
 51. Gottfried Lange, Maurer, geb. 6. 8. 45, gest. 11. 7. 1900 zu Elbing an Lungenerkrankung.

In der Woche vom 30. September bis 6. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 400, Niel 800, Harburg 200, Königsberg i. Pr. 200, Wandsbek 70, Summa M. 1270.
 Zuflüsse erhielten: Hannover M. 100, Groß-Neuendorf 100, Neuholz 70, Summa M. 270.

Mittona, den 6. Oktober 1900.

Karl Reiß, Hauptkassier, Friedrichshaberstr. 28.

Anzeigen

(Annoncen-Ausgabe bis Dienstag Morgen 8 Uhr.)

Sterbetafel.

Unter diesem Blatt veröffentlichten wir alle Totenfälle der Verbandskollegen, sofern wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbedate Mitteilung erhalten. Die Zelle kostet 10.-.

Adlershof. Am 6. Oktober starb nach langerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Bischke** im Alter von 51 Jahren.

Frankfurt a. d. O. Am 18. September starb unser Verbandskollege **Wilm. Dieterich** aus Tiefenbach im Alter von 19 Jahren.

Friedrichroda. Am 6. Oktober starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Karl Kley** aus Engelbach im 40. Lebensjahr.

Gelsenkirchen. Am 30. September verstarb an Tuberkulose unser Verbandskollege **Friedrich Meyer** im Alter von 19 Jahren.

Wesel. Am Donnerstag, den 4. Oktober, starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Johann Schulz** im Alter von 40 Jahren.

Potsdam. Am 4. Oktober verstarb unser Verbandsmitglied **Johann Honisch** im Alter von 52 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Wolfsburg. Am 18. September starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Pieper** im 37. Lebensjahr an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Bielefeld.

Achtung! Stoffkäteure! Achtung!

Den reisenden Kollegen hiermit zur Kenntnisnahme, daß hier selbst ein Arbeitsnachweis gefordert ist.

Derselbe befindet sich bei Kollegen **Karl Rogge**, Bielefeld, 23. Die Kollegen werden gebeten, sich wegen Arbeit an diesen zu wenden, Kollegen, die dem zuständigsten, beförmten am Ende keine Unterstüzung, umschauen ist nicht gestaltet. Der Kassier wohnt Ehrentrup weg 18. [M. 4,50]

Der Vorstand der Filiale Bielefeld,
Ihr Auftrage: Karl Rogge.

Aufforderung.

Wir machen es hiermit allen Kollegengen und Bahnhofstellenverwaltungen, welche über den Aufenthalt des Kollegen **Christian Michel** (Buch-Nr. 47 923) Auskunft geben können, zur Pflicht, die örtliche Verwaltung zu Wittenhausen i. Th. sofort zu benachrichtigen. [2,70] S. A.: F. A. Homann.

Aufforderung.

Der Kollege **Albert Linke** aus Spandau wird aufgefordert, seinen Berichtsergaben der Bahnhofsstelle Adlershof gegenüber nachzuladen. Die örtliche Verwaltung. [M. 2,10] S. A.: Der Kassier.

Die Bevollmächtigten der Bahnhöfe werden erachtet, mit dem Aufenthalt des Maurers **Friedrich Gustav Nernheim**, geboren 31. Mai 1868 zu Königsberg in Ostpreußen, so bald wie möglich mitzutheilen. [2,10] Ernst Schmidt,

Vertrauensmann für Grossenham.

Rixdorf-Britz.

Den Kollegen zur Nachricht, daß sich unter Verkehrslokal sehr bei Wilh. Kräger, Steinmeierstraße, Ecke Falkstraße, befindet. Meine Wohnung ist jetzt Jägerstraße Nr. 11, 5. 4. [M. 2,40] Otto Lehmann, Bevollmächtigter.

Burgstädt.

Meine Wohnung befindet sich jetzt:
Hochsicherstraße 174. [1,60] Emil Knorr, Vertrauensmann.

Brandenburg.

Meine Wohnung befindet sich I. Oberster Straße 19, Hof links, 1. Et. [1,60] Friedrich Richter, Bevollmächtigter.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß ich jetzt Gr. Barlinge 50 a., part., wohne. [90,-] Herm. Tönnes, Hanauer.

Achtung! München.

Achtung!

Meine Adresse ist jetzt:
Thorvaldstraße, 31, 1. Etage.
[M. 1,50] Alois Pätz.

Templin.

Der Kassier M. Dühring wohnt: Grünestraße Nr. 281. [M. 1,20]

Gross-Kreuz.

Sonnabend, den 27. Oktober, feiert die Bahnhöfe ihr

* Erstes Stiftungsfest *

im Kablerischen Lokale. Anfang 7 Uhr. Die Bahnhöfe Werder, Lehnin, Brandenburg und Riebau sind hierzu freundl. eingeladen. [M. 8,80] Die örtl. Verwaltung.

Achtung

Maurer von Steglitz n. Umg.

Ich erlaube mir, den Kollegen mitzuteilen, daß ich einen Handel mit Karbätschen, Heißbechtern usw. eröffnet habe.

Aufgängen **Otto Pardemann**, [M. 2,70] Steglitz, Ullrichstraße 2.

Arbeiter-Notiz.

Kalender 1901

Mit Extra-Vorlage

Portrait Liebknechts.

1000000. — Porte 10 Pf.

Aus dem Spalt abweichen wir bereits

dass neue Gewerbeverzeichnisse

in Form und Antwortform.

100 Jahre deutscher Arbeit. Ent-

scheidung. Der Kassier ist seit 1900.

Auftrag der Sachverständigen, Schwerpunktorganisationen, Arbeitersekretariate, Parteileitung usw.

Die wichtigsten Erfindungen und

Entdeckungen. — Ergebnisse der

Wahlwählerkartei bis August 1900.

Die sozialdemokratische

Reichstags-Partei

in Wort und Bild

unter Berücksichtigung der Ergebnisse

der Reichswahlen bis August 1900.

Der Arbeiter-Politikalender

in einem

praktisches Nachschlagebuch

für Gewerkschaften.

Durch jedes Buchhandlung beziehbar.

Buchhandlung Borsigstraße

Grundtv. 2, Berlin SW.

Genossen!

Kauf nur den Befreiung

von Jean Blox, Steinstr. Münzenberg.

1000000. — Solidarität

</div